



Landtag von Baden-Württemberg

4. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 20. Juni 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 12:10 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	41
Glückwünsche zum Geburtstag des Abg. Gustav- Adolf Haas	41
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten.	41
Ministerpräsident Teufel	41
Nächste Sitzungen	60

Protokoll

über die 4. Sitzung vom 20. Juni 2001

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Heute hat Herr Abg. Gustav-Adolf Haas Geburtstag.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Im Namen des ganzen Hauses, Herr Abgeordneter, beglückwünsche ich Sie herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

Auf Ihren Tischen finden Sie eine Liste der **E i n g ä n g e**. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen dem Überweisungsvorschlag zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 5. April 2001 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2000 – Drucksache 12/6053

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung des Landespersonalausschusses vom 10. April 2001 – Geschäftsbericht des Landespersonalausschusses für das Jahr 2000 – Drucksache 12/6058

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

3. Mitteilung des Finanzministeriums vom 2. Mai 2001 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziffer II Nr. 6); Haushaltsjahr 2001 (Januar bis März) – Drucksache 12/6067

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

4. Antrag der Landesregierung vom 18. Juni 2001 – Zugehörigkeit von Mitgliedern der Landesregierung zu Organen wirtschaftlicher Unternehmen – Drucksache 13/12

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

*

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigen Punkt** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Wählerinnen und Wähler haben am 25. März dieses Jahres eine klare Entscheidung getroffen: Sie haben den Erfolgskurs Süd bestätigt.

Wir wollen Baden-Württemberg an der Spitze halten. Aber wir sagen nicht einfach: Weiter so. Wir lassen los, was überholt ist, und halten fest, was Zukunft begründet. Das Wohl der Menschen ist uns wichtiger als überlebte Strukturen. Wir stützen uns auf das Vertrauen der Bürger, das uns am 25. März in so überzeugender Weise gewährt wurde.

Wir setzen uns ein für die einfachen Leute, wir setzen uns ein für den Mittelstand und das Handwerk, für die Arbeiter und für die Angestellten, für die Bauern und für die Beamten, für die Lehrenden und die Lernenden, für die Zukunftschancen der Jungen, und wir setzen uns ein für eine gerechte Teilhabe der älteren Generation an der Gemeinschaft und an dem, was wir erarbeiten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir schützen das Leben und die Schöpfung und setzen uns für Benachteiligte ein. Da wir nur unvollkommen sind, bitten wir Gott um seinen Segen für unsere Arbeit.

Niemand von uns sagt: „Wir brauchen die Opposition nicht.“ Wir sagen: „Wir brauchen sie in einer offenen Gesellschaft und in einer lebendigen Demokratie.“

(Vereinzelt Lachen bei der SPD und den Grünen –
Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Danke!)

– Ja, Sie haben erkannt, dass wir uns da von einem Politiker Ihrer Partei unterscheiden, der einmal ins Parlament hineingerufen hat: „Wir brauchen die Opposition nicht.“ Deswegen sage ich ausdrücklich das Gegenteil.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen in sachlichem und fairem Wettstreit um die besten Lösungen für unser Land ringen. Ich reiche gerne die Hand zu einem offenen Dialog über die Herausforderungen, die vor uns liegen.

Die so genannten Republikaner gehören nicht mehr dem Landtag an. Das ist ein Sieg der Demokratie und ein Ausweis ihrer integrativen Kraft.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Radikale und Extremisten von rechts und von links dürfen keine Chance haben in unserem Land. Es lohnt sich, für

(Ministerpräsident Teufel)

dieses Ziel über Parteigrenzen hinweg unter Demokraten zusammenzuarbeiten, nicht nur in Stuttgart, sondern auch in Berlin.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, geben in diesen Tagen im Land Berlin die Erfahrung des ganzen 20. Jahrhunderts mit totalitären Weltanschauungen preis,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

die Erfahrung nämlich, dass Rechtsextreme und Linksextreme nicht gleich, aber vergleichbar sind in ihren totalitären und demokratiefeindlichen Auffassungen. Demokraten müssen sich einig sein in der Ablehnung von rechts außen und links außen; sie dürfen nicht auf einem Auge blind sein.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die PDS ist keine Neugründung; sie besteht zu 90 % aus Mitgliedern und Funktionären der SED.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE zu den Regierungsfractionen: Und ihr besteht aus Blockflöten!)

Wer die Unterstützung der PDS in Anspruch nimmt und die Zusammenarbeit mit dieser Partei sucht, deren führende Vertreter heute noch Mauer und Stacheldraht rechtfertigen, verhöhnt die Opfer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Konrad Weiß, führender Bürgerrechtler, Mitglied des Bündnisses 90/Die Grünen und Abgeordneter dieser Partei in der frei gewählten Volkskammer der DDR und dann Abgeordneter im ersten gesamtdeutschen Bundestag, trat vorgestern aus der Partei Bündnis 90/Die Grünen aus und bringt es in seinem Austrittsschreiben, das in der heutigen Ausgabe der FAZ abgedruckt ist, auf den Punkt:

Die Zusammenarbeit von Bündnis 90/Die Grünen mit der PDS ist ein Verrat an den Idealen der friedlichen Revolution und der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung der DDR.

(Abg. Alfred Haas CDU: Recht hat er!)

Durch diese Zusammenarbeit wird der antitotalitäre Konsens in Deutschland aufgekündigt und die Demokratie gefährdet, insbesondere im politisch labilen Ostdeutschland.

Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung wird im Rahmen ihrer Zuständigkeiten alle Möglichkeiten nutzen, den hier lebenden Menschen Zukunftsperspektiven zu ermöglichen. Jede und jeder sollen mehr aus ihrem Leben machen können. Baden-Württemberg muss auch in Zukunft ein Land der Lebenschancen sein. Dafür werde ich mich ganz persönlich mit aller Kraft enga-

gieren. Ich werde dafür arbeiten, dass ein heute geborenes Kind im Jahr 2020 seinen Studienplatz in Baden-Württemberg an Hochschulen der europäischen Spitzenklasse auswählen kann. Ich will die Basis dafür schaffen, dass eine junge Mutter oder ein Vater eine wirklich freie eigene Entscheidung darüber treffen kann, ob sie oder er nach der Geburt eines Kindes eine Familienphase einlegt und sich vorrangig der Kindererziehung widmet oder Berufstätigkeit oder Teilzeitarbeit mit der Kindererziehung verbinden will.

Ich will in dieser Legislaturperiode mit der Nullverschuldung die Grundlage dafür legen, dass ein heute 20-Jähriger im Jahr 2020 in einem Land lebt, das nicht nur keine Schulden mehr macht, sondern Schulden zurückzahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und des Abg. Fleischer CDU)

Ich möchte, dass ein Facharbeiter, der heute Ende 30 ist, 2020 nicht aus dem Beruf gedrängt wird, sondern dass seine Fertigkeiten und Fähigkeiten durch Weiterbildung und Qualifikation auch in neuen Technologien weiterhin gefragt sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich werde dafür arbeiten, dass eine heute 60-jährige Frau sicher sein kann, dass sie mit 80 Jahren im Jahr 2020 einen guten Pflegeplatz hat, falls sie darauf angewiesen sein sollte.

Unser Handlungsfeld ist die Gegenwart, diese Legislaturperiode. Wir müssen dazu beitragen, dass wir jetzt gute Schulen und Berufsschulen, ausreichend Lehrstellen und Arbeitsplätze haben. Aber in dieser Legislaturperiode schaffen wir auch die Voraussetzungen für ein erfolgreiches und menschliches Baden-Württemberg 2020. Wir werden auch in Zukunft unseren eigenen, den baden-württembergischen Weg gehen.

Mit der Koalitionsvereinbarung haben CDU und FDP/DVP den Fahrplan für eine erfolgreiche Zukunft unseres Landes aufgestellt. Wir haben unsere Koalitionsvereinbarung innerhalb von nur einer Woche abgeschlossen. Das ist ein Tempo, das für die große Gemeinsamkeit der beiden Partner spricht.

(Lachen des Abg. Drexler SPD)

Wir sind selbstständige, miteinander konkurrierende Parteien mit jeweils eigenem Profil.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Blockparteien!)

Deshalb haben wir auch nicht auf jede Frage die gleiche Antwort. CDU und FDP/DVP bilden aber gemeinsam eine Regierungskoalition des Vertrauens. Wir setzen unsere Versprechen um. Wir sagen nach der Wahl nichts anderes als vor der Wahl.

(Abg. Oelmayer GRÜNE: Das stimmt nicht! – Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Bitte betrachten Sie die Koalitionsvereinbarung als Bestandteil dieser Regierungserklärung. Ich sage das nicht nur dem Parlament, sondern auch der Öffentlichkeit und al-

(Ministerpräsident Teufel)

len Verbänden. Ich will Ihnen heute nicht alle darin enthaltenen Vorhaben ausführlich erläutern, sondern im Wesentlichen die strategische Ausrichtung unserer Politik für Baden-Württemberg vorstellen.

Zuvor möchte ich jedoch ein Wort des Dankes sagen. Ich danke Klaus von Trotha und Gerdi Staiblin. Sie haben beide mit ganzer Kraft und mit Erfolg unserem Land gedient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Christine Rudolf SPD)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Baden-Württemberg ist gut, weil die Baden-Württemberger gut sind.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Im Vergleich der deutschen Länder haben wir einen Spitzenplatz, häufig d e n Spitzenplatz. Aber: „Wer aufhört, besser sein zu wollen, hat aufgehört, gut zu sein.“ Das sagte einer der großen Unternehmensgründer unseres Landes, Robert Bosch.

Wir müssen und wir werden unser Land auf die zentralen Herausforderungen der Zukunft vorbereiten. Wir müssen wirtschaftliche Dynamik und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Einklang halten und den Menschen auch im Zeitalter der Beschleunigung, der Globalisierung und der Unübersichtlichkeit Orientierung, Heimat und Geborgenheit ermöglichen.

Wir müssen uns von der Informationsgesellschaft über die Wissensgesellschaft zur Bildungsgesellschaft und zur Ideengesellschaft entwickeln. Baden-Württemberg als große Ideenwerkstatt mit Strahlkraft weit über unser Land hinaus – das ist das Leitbild für Baden-Württemberg als lernende Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen die Erziehungskraft der Familien stärken.

Wir müssen uns auf die großen Veränderungen in Europa vorbereiten. Die heute junge Generation wird die erste wirklich europäische Generation sein, und sie wird die letzten Grenzen auf unserem Kontinent sprengen.

Auf die Europäische Union kommt in den nächsten Jahren die größte Herausforderung seit den Römischen Verträgen zu: Wir haben die einmalige Chance, eine europäische Friedensarchitektur für das 21. Jahrhundert zu schaffen.

Am 1. Januar 2002 wird der Euro in zwölf europäischen Ländern, von Portugal bis Finnland, in den Geldbeuteln der Menschen stecken: eine Währung, ein Markt. Der Euro ist Zahlungsmittel, aber er ist auch Symbol. Über den Euro wird sich Europa auch in den Köpfen der Menschen verankern.

Bis zum Jahr 2004 werden die ersten mittel- und osteuropäischen Staaten der Europäischen Union beitreten. Im gleichen Jahr wird eine neue Regierungskonferenz Europa eine neue Verfassungsordnung geben. Sie wird eine neue Aufgabenverteilung nach dem Subsidiaritätsprinzip bringen müssen, sonst wird das europäische Projekt scheitern.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Bis zur Mitte des Jahrzehnts wird Europa ein anderes Gesicht haben, und zwar nach innen wie nach außen. Es wird ein neues Europa sein.

Wir in Baden-Württemberg bereiten uns zielgerichtet auf diese Veränderungen vor. Wir wollen die Chancen, die sich aus ihnen ergeben, konsequent nutzen: wirtschaftlich, kulturell und im menschlichen Miteinander. Als klassisches Exportland müssen wir die Chance Euro zu einem Erfolg für unsere Wirtschaft und für unsere Bürger machen.

Das neue Europa der Zukunft ist auch eine Herausforderung an unsere Schulen und Hochschulen. Unsere Kinder werden sich auf jeden Fall in mindestens einer Fremdsprache mit ihren europäischen Nachbarn verständigen können.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Hochdeutsch!)

Wir schaffen als erstes Land an allen Grundschulen die Voraussetzungen dafür.

Wir machen das Land in Bildung, Forschung, Wirtschaft und Verwaltung fit für das neue Europa der Zukunft. Mit der Berufung eines Ministers mit europapolitischem Geschäftsbereich habe ich einen ersten Akzent für die neue Legislaturperiode bereits gesetzt. Wir werden zudem die einzelnen Ministerien stärker auf Europa hin ausrichten.

Die Vertretung des Landes Baden-Württemberg in Brüssel werden wir zu einem „Haus Baden-Württemberg“ ausbauen: zur besseren Vertretung unserer Interessen, als Anlaufstelle für Wirtschaft, Verbände und Politik sowie als Frühwarnstelle für das Land. Als Land im Herzen Europas wird Baden-Württemberg in Brüssel stärker Flagge zeigen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Das wird aber auch Zeit!)

Das Europa der Zukunft muss auch ein Europa der Regionen sein, das die ganz und gar unterschiedliche Geschichte, Mentalität, Sprache und Kultur seiner Regionen achtet. Als überzeugte Föderalisten sagen wir: Das Europa der Zukunft muss von unten nach oben aufgebaut werden und nicht umgekehrt. Anders lässt sich die Zusammenarbeit in einer Union mit über 20 Mitgliedsstaaten nicht sinnvoll organisieren.

Wir wollen eine klare Kompetenzzuordnung sowie eine Verankerung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts auf europäischer Ebene. Die politische Union muss durch einen Verfassungsvertrag, eine europäische Charta, forciert werden.

Europa ist aber auch – bei aller Vielfalt – gemeinsame Geschichte, gemeinsame Kultur, Anziehungspunkt für viele Menschen aus der ganzen Welt, Triebkraft von Veränderungen in weltweitem Ausmaß und Zukunft für die jungen Menschen. Auch deshalb unterstützt die Landesregierung mit Nachdruck die gemeinsame Bewerbung von Karlsruhe und Straßburg als „Europäische Kulturhauptstadt“. Wir sind eine der kulturell reichsten Regionen des europäischen Kontinents. Ein Zuschlag für Karlsruhe wäre eine Auszeichnung für unser ganzes Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

(Ministerpräsident Teufel)

Kein Land ist so auf gute Nachbarschaft mit Frankreich angewiesen wie Baden-Württemberg. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, dass die deutsch-französische Zusammenarbeit Priorität hat in der deutschen Politik. Wir zeigen beispielhaft an der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Frankreich, der Schweiz und Österreich, wie das Europa der Bürger funktionieren kann.

Baden-Württemberg ist darüber hinaus ein Land mit vielen Partnern in der Welt. Wir wollen unsere internationalen Beziehungen ausbauen und werden inhaltliche und regionale Schwerpunkte für unsere Außenwirtschaft, unsere Entwicklungspolitik und die Zusammenarbeit mit Osteuropa setzen. Wir wollen die Chancen der Osterweiterung nutzen. Genauso wollen wir an der Lösung der Probleme mitarbeiten, die sich aus der Osterweiterung ergeben. Wir machen Europa zu unserer eigenen Sache!

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist stark, weil unsere Wirtschaft stark ist. Unsere mittelständisch geprägte Wirtschaft hat sich nach der Strukturkrise in der ersten Hälfte der Neunzigerjahre mit neuen Produkten und neuen Verfahren eindrucksvoll zurückgemeldet. Sie hat sich neue Märkte, neue Geschäftsfelder erschlossen. So erreichten wir ein stärkeres Wirtschaftswachstum als andere Länder, eine stärkere, sogar eine wesentlich stärkere Beschäftigungszunahme, ausreichend viele Ausbildungsplätze und die niedrigste Arbeitslosenquote in Deutschland.

Berufliche Flexibilität ist unverzichtbar und wichtig. Aber wir wollen kein modernes Nomadentum, bei dem die Menschen den Arbeitsplätzen nachziehen müssen. Unser politisches Ziel, das sind Arbeits- und Ausbildungsplätze in Baden-Württemberg – dort, wo die Menschen zu Hause sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beste Bildungschancen, zukunftsgerichtete Forschung, Hochtechnologie und wirtschaftliche Innovationen sind und bleiben der Schlüssel zum Erfolg.

Es ist kein Zufall, dass Beschäftigung und Wirtschaftskraft gerade in den Ländern am stärksten sind, in denen die höchsten Forschungsinvestitionen getätigt werden. Hier sind wir ganz vorne mit dabei und müssen es auch bleiben. Wir investieren deshalb mit der neuen Zukunftsoffensive Junge Generation erneut massiv in die Ideenwerkstatt Baden-Württemberg: in Bildung und Wissenschaft, in Forschung und Hochtechnologie. Die Zukunftsoffensive ist eines der wichtigsten Projekte dieser Legislaturperiode. Jede Region wird davon profitieren.

Wir wollen wertgleiche Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes. Wir wollen jede Region in die Lage versetzen, ihr Profil weiterzuentwickeln, denn Baden-Württemberg lebt von der Stärke und von der Ausstrahlung seiner Regionen.

Wir wollen eine gute Ausbildung und Weiterqualifizierung. Wir wollen modernste Wissenschaft und Technik in allen Berufen. Wir setzen auf die Wettbewerbsfähigkeit unserer Kernbranchen und auf einen Branchenmix.

Wir investieren massiv in Wachstumsbranchen und streben dort eine Führungsrolle an. Wir verknüpfen die Substanz

der „alten“ mit der Dynamik der „neuen“ Ökonomie. Wir bauen die für nahezu alle Wirtschaftsbranchen wichtigen Querschnittstechnologien aus. Das ist unsere Zukunftsstrategie: Fortschritt mit Menschen für Menschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für die dritte Zukunftsoffensive Junge Generation stellen wir 1 100 Millionen DM aus dem Verkauf der Landesanteile an der Energie Baden-Württemberg zur Verfügung. Wir legen dafür noch vor der parlamentarischen Sommerpause einen Nachtragshaushaltsplan vor.

Die neue Landesstiftung Baden-Württemberg ist mit einem Stiftungskapital von über 2,7 Milliarden DM gestartet. Ich freue mich, dass aus den Erträgen bereits erste Projekte bewilligt wurden. Gemeinnützigkeit und Nachhaltigkeit sind die beiden Eckpfeiler der Stiftung. Ich bin sicher: Die Landesstiftung wird in anderen Ländern Nachahmung finden. Die Erfahrung zeigt: Gute Ideen setzen sich durch.

Der Wettbewerb ist heute weltweit, und die Globalisierung wird sich nicht zurückdrehen lassen. In China heißt es: „Wenn der Wind des Wandels weht, bauen die einen Mauern, die anderen Windmühlen.“ Baden-Württemberg baut keine Mauern.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Und keine Windmühlen! – Heiterkeit bei der SPD und den Grünen)

– Kämpfen Sie einmal mit Windmühlen.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir leiten den Wind des Wandels auf unsere Mühlen. Das ist unsere Politik.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deshalb werden wir vor allem die mittelständischen Unternehmen in unserem Land nach Kräften fördern. Mittelstand, Handwerk, freie Berufe: Die Kleinen sind es, die unser Land groß machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie schaffen die Arbeits- und die Ausbildungsplätze, sie sind die Keimzelle des Wohlstands in unserem Land und der Zukunftschancen der jungen Generation. Deshalb sind die Kleinen für uns die Größten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Da meint er uns!)

Wir fördern Existenzgründungen und Betriebsübernahmen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da meint er uns!)

Wir fördern Verbundforschungsprojekte und den Transfer von Forschungsergebnissen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da meint er uns!)

Wir fördern den innovativen Mittelstand mit dem CI-Programm. Wir helfen mittelständischen Unternehmen bei ihrem Vorstoß ins Internet. Wir werden in allen wichtigen

(Ministerpräsident Teufel)

Hochtechnologiefeldern – etwa der Biotechnologie, der Mikrosystemtechnik und den Materialwissenschaften – neue Unternehmen bei der Gründung über Businessplan-Wettbewerbe unterstützen.

Wir deregulieren. Das ist der baden-württembergische Weg. Gesetze und Paragraphen sind nicht dazu da, um die Schaffung von Arbeitsplätzen zu behindern, sondern um sie zu ermöglichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben uns schon 1999 für die Berücksichtigung der Interessen des deutschen Mittelstands im Basel-II-Prozess eingesetzt und über eine Bundesratsinitiative die Anerkennung des bankinternen Ratings erreicht.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wir werden in einer erneuten Initiative versuchen, weitere Kreditleichterungen für den Mittelstand durchzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb unterstützen wir auch alle diejenigen Bankinstitute im Land, die dem Mittelstand und den Existenzgründern Kredite und Beratung geben und sich nicht aus diesem Segment verabschieden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Puchta SPD)

Deutschland ist heute europaweit Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum, und die Inflation zieht an. Die Gründe dafür sind hausgemacht:

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Rot-Grün!)

Ökosteuer, unzureichende steuerliche Entlastungen für die Bürger

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

– ich werde es Ihnen gleich belegen, ich werde es Ihnen gleich mit Fakten belegen; warten Sie nur noch ein paar Sätze ab –,

(Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

eklatante Benachteiligung des Mittelstands bei der Steuerreform,

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

drastisch verschlechterte Abschreibungsbedingungen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

unsinnige und ultrabürokratische Regelungen für die geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und die so genannte Scheinselbstständigkeit,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Reformstau im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dass Sie lachen können, nachdem heute in der Zeitung steht, die AOK Hessen wolle die Krankenkassenbeiträge um einen Prozentpunkt erhöhen und die AOK Baden-Württemberg stehe vor einem ähnlichen Schritt, darüber kann man sich nur wundern. Handeln Sie dort, wo Sie in der Regierung sind!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Ein weiterer Grund: keinerlei Flexibilität in der Arbeitsmarktpolitik.

Wenn das die Ursachen sind, muss man hier ansetzen, wenn man Wachstum und zusätzliche Arbeitsplätze will.

Meine Damen und Herren, die Verantwortlichkeiten sind klar: Wer schon vor seiner Wahl zum Bundeskanzler den Aufschwung des Jahres 1998 auf seine Fahnen geschrieben hat, ist erst recht für den Abschwung des Jahres 2001 und die schlechter werdenden Wachstums- und Beschäftigungsaussichten in Deutschland verantwortlich.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Haben Sie schon einmal auch nur eine Minute lang darüber nachgedacht: Ohne die hervorragenden Wachstums- und Arbeitsmarktzahlen Baden-Württembergs, Bayerns und Hessens sähe es auf Bundesebene noch miserabler aus.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Birzele SPD und Dr. Salomon GRÜNE)

Auch der Kanzler sollte wissen und berücksichtigen: Deutschland hat einen starken Süden, und ganz Deutschland braucht einen starken Süden, und der Bund darf diesen starken Süden nicht schwächen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Kanzlerkandidat Teufel! Jawohl!)

– Das wäre noch nicht die schlechteste Lösung, Herr Kollege.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Beifall des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Birzele SPD: Ein neuer Bewerber!)

44,8 % in ganz Deutschland bei der nächsten Wahl, Halbierung der Grünen – das wäre doch eine Perspektive!

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Besser als die, die da in Berlin von Ihrer Seite herumspringen, wäre das allemal!)

Meine Damen und Herren, die steuerliche Benachteiligung des Mittelstands ist der wirtschafts- und beschäftigungspolitische Kardinalfehler der rot-grünen Koalition in Berlin.

(Abg. Alfred Haas CDU: So ist es!)

(Ministerpräsident Teufel)

Die Landesregierung wird sich – auch über den Bundesrat – weiter mit Entschiedenheit für eine größere Entlastung der Bürger und der mittelständischen Personengesellschaften einsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Wir fordern in dieser konjunkturellen Situation: Die Endstufe der Steuerreform muss auf das Jahr 2003 vorgezogen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Aus der gegenwärtigen Wachstumsschwäche, die offenbar nur ein Mitglied der Bundesregierung, nämlich Bundeswirtschaftsminister Müller, überhaupt ernst nimmt und sieht, darf kein konjunkturelles Dauertief werden. Wir müssen jetzt gegensteuern. Jetzt ist es noch möglich: Die Bundesregierung muss endlich runter von der Wachstumsbremse!

Nun zu den Fakten der Steuerreform: Die Nettoentlastung der beschlossenen Steuerreform beträgt bis zum Jahr 2005 62 Milliarden DM. Die Länder und die Kommunen tragen davon 32 Milliarden DM, der Bund knapp 30 Milliarden DM. Jetzt aber kommt das Entscheidende: Schon im Jahr 2003 wird der Bund rund 34 Milliarden DM aus der so genannten Ökosteuer einnehmen, Länder und Kommunen gehen hier leer aus.

(Abg. Birzele SPD: Unsinn! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Im Saldo von Steuerreform und Ökosteuer macht der Bundesfinanzminister also Profit, während Länder und Kommunen deutliche Einnahmeausfälle hinnehmen müssen. Das sind die Fakten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Das ist doch bewusst unrichtig! So ein Unsinn!)

Die beschlossene steuerliche Entlastung ist also kein Verdienst des Bundes, denn sie wird allein von den Ländern und Kommunen finanziert.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Wir wollen die Entlastung, und wir zahlen unseren Anteil; der Bund aber hält sich über die Autofahrer an den Tankstellen schadlos. Wir kämpfen gegen diese ungerechte Ökosteuer, solange es sie gibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Zu Lande, zu Wasser und in der Luft!)

Meine Damen und Herren, eine moderne Gesellschaft ist eine mobile Gesellschaft. Der Versuch, die Bewegungsfreiheit der Bürger durch Zwangsabgaben einzuschränken, ist ungefähr so intelligent wie der Versuch, Zeit zu sparen, indem man die Uhr anhält.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Döpper CDU: Das wär doch was! – Lachen des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Ja, man braucht ja einfache Bilder, um Sie zu überzeugen, Herr Kollege.

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Wir müssen uns auf mehr, nicht auf weniger Mobilität einstellen. Auch Rot-Grün kann das Rad nicht zurückdrehen. Verkehr ist dann am umweltverträglichsten, wenn er fließt,

(Abg. Birzele SPD: Wenn er nicht stattfindet!)

nicht, wenn er staut.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Sie bewegen sich langsam vom Kreistagniveau zum Stamm-tisch! – Gegenruf von den Grünen: Das stimmt!)

– Beteiligen Sie sich doch etwas mehr an der Lösung der Zukunftsprobleme unseres Landes, statt mit Zwischenrufen dieser Art. Aber bitte, ich habe auch nichts dagegen.

Wir in Baden-Württemberg sagen Ja zum Automobil. Wir sagen auch Ja zur Reduzierung des Benzinverbrauchs und zu weniger Abhängigkeit von Ölimporten. Unsere Antwort darauf heißt aber nicht Ökosteuer, sondern Förderung der Brennstoffzelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Bravo!)

Wir in Baden-Württemberg setzen nicht auf Zwangsmaßnahmen gegen die Bürger, wir setzen auf Technologien der Zukunft. Das ist der baden-württembergische Weg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Den Schwerpunkt unserer Verkehrspolitik werden wir auf den bedarfsgerechten Ausbau und die Erhaltung des Straßennetzes sowie den Erhalt und Ausbau eines leistungsfähigen Schienenverkehrs setzen. Vorrang im Autobahnbau hat der Weiterbau der Hoahrheinautobahn und der sechs-spurige Ausbau der höchstbelasteten Strecken. Wir versteinen die Mittel für den Landesstraßenbau und legen ergänzend ein über die L-Bank finanziertes fünfjähriges Investitionsprogramm mit jährlich 100 Millionen DM auf.

(Abg. Drexler SPD: Schulden!)

Wir fordern vom Bund, die Mittel für den Bundesfernstraßenbau aufzustocken.

(Abg. Drexler SPD: Haben wir doch gemacht!)

Fast die Hälfte der planfestgestellten Neu- und Ausbaumaßnahmen bei Bundesfernstraßen in ganz Deutschland liegt in Baden-Württemberg. Dies muss der Bund bei der Mittelvergabe endlich ausreichend berücksichtigen. Das Geld muss dorthin, wo es am notwendigsten gebraucht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen der Abg. Birzele SPD und Dr. Salomon GRÜNE – Abg. Seimetz CDU zur Opposition: Klatscht doch mit!)

(Ministerpräsident Teufel)

Hier könnten Sie etwas für Baden-Württemberg tun – statt Zwischenrufe mehr Bundesfernstraßenmittel. Ich gehe doch davon aus, dass Sie dort, wo Sie Einfluss haben und die Verantwortung tragen, auch etwas für Baden-Württemberg und seine Zukunft tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Das sollte man meinen!)

In den nächsten zehn Jahren wollen wir unser Land in das nationale und internationale Schienen-Hochgeschwindigkeitsnetz einbinden. Mit Stuttgart 21 und der Neubaustrecke Wendlingen – Ulm verwirklichen wir das größte Investitionsprojekt in der Geschichte unseres Landes. 8 Milliarden DM Direktinvestitionen und 8 Milliarden DM Folgeinvestitionen sowie Tausende neuer Arbeitsplätze zeigen die wirtschaftliche Dimension. Wir werden diese beiden Vorhaben energisch vorantreiben. Sie sind als „Baden-Württemberg 21“ für das ganze Land von entscheidender strategischer Bedeutung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: „Global 21“!)

Wir drängen darauf, die Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel bis zum Jahr 2012 vollständig viergleisig auszubauen. Wir brauchen eine ICE-Neubaustrecke Frankfurt – Mannheim als Lückenschluss zwischen den Hochgeschwindigkeitsstrecken Köln – Frankfurt und Mannheim – Stuttgart, und zwar durch Mannheim und nicht um Mannheim herum.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen die Verknüpfung des deutschen Hochgeschwindigkeitsnetzes mit dem französischen in Straßburg/Kehl und in Ludwigshafen/Mannheim.

Und nun ein ganz entscheidender Punkt: Aus den Verkehrsachsen sollen Entwicklungsachsen für unser Land werden. Wir treten mit allem Nachdruck für den dauerhaften Erhalt der Interregio-Verbindungen im Land ein. Im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs werden wir das Angebot qualitativ weiter optimieren.

Ein weiteres wichtiges Infrastrukturprojekt ist die neue Landesmesse. Sie wird kommen. Wir sind im Zeitplan. Sie wird eine herausragende Visitenkarte für unser Land und seine Wirtschaft werden. Als Messe der kurzen Wege ist sie wegen ihrer Verkehrsanbindung an Autobahn, an Flughafen und ICE-Bahnhof einzigartig.

Wir werden unsere dialogorientierte Umweltpolitik auch in der kommenden Legislaturperiode weiterführen. Wir setzen nicht auf Zwang, sondern auf Einsicht und Zusammenarbeit aller Beteiligten. Der Staat muss auch in Zukunft Ziele setzen, diese aber in erster Linie über Information, freiwillige Vereinbarungen und ökonomische Anreize erreichen.

Dies gilt besonders für den Umweltplan, den wir in den kommenden Jahren in enger Kooperation mit den Kommunen und der Wirtschaft umsetzen wollen. Er ist unser Orientierungsrahmen für eine dauerhafte umweltorientierte Entwicklung.

Zur Ressourcenschonung und Verbesserung der Umweltsituation können alle – Kommunen, Wirtschaft, Vereine, Bürger – beitragen. Das umweltpolitische Engagement vor Ort von Vereinen und Kommunen leistet dabei einen unverzichtbaren Beitrag. Ich werde daher der Landesstiftung vorschlagen, einen Schwerpunkt auch bei vorbildlichen Umweltprojekten zu setzen.

Mit einem eigenen Klimaschutzprogramm werden wir regenerative Energien fördern,

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Oh!)

den Schadstoffausstoß gezielt weiter verringern und besonders Forschungsprojekte unterstützen, die die Effizienz bei der Energiegewinnung verbessern und die Schadstoffbelastung reduzieren. Wir streben an, den Anteil der regenerativen Energien an der Energieversorgung in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Unsere Forschungsanstrengungen in diesem Bereich werden wir weiter verstärken und damit unsere führende Position ausbauen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der von der Bundesregierung betriebene Ausstieg aus der Kernenergie ist mit Blick auf den Klimaschutz falsch und mit Blick auf die Energieversorgung der Zukunft höchst riskant.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wer sich wie die Bundesregierung um die Endlagerung von Atommüll herumdrückt und stattdessen von oben herab den Bau von Zwischenlagern diktiert, der betreibt keine vorausschauende Politik. Die Menschen in Baden-Württemberg werden auch nicht vergessen, dass führende Vertreter der Berliner Regierungskoalition ganze drei Tage nach der Landtagswahl die Erkundung von Endlagermöglichkeiten im Schwarzwald ins Gespräch gebracht haben – dieselben Leute, die die fast abgeschlossene Erkundung von Endlagermöglichkeiten anderswo willkürlich blockieren. Politik gegen Baden-Württemberg und die hier lebenden Menschen – mit uns nicht!

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, der rasante Wandel in der Arbeitswelt, die zunehmende Internationalisierung, der direkte und weltweite Zugang zu Informationen und Wissen in jeder Familie und nicht zuletzt die immer noch zunehmenden Schülerzahlen stellen unser Bildungssystem vor neue und große Herausforderungen. Mehr denn je entscheiden Bildungschancen, entscheiden das Wissen, das Können, die Qualifikation der einzelnen Menschen über ihre Berufschancen, über ihre Lebensqualität, über ihre Zukunft und die ihrer Familien. Deshalb müssen wir eine lernende Gesellschaft sein und es dort werden, wo wir es noch nicht sind. Bildungspolitik ist heute neben der Familienpolitik das wichtigste Element einer zukunftsorientierten Gesellschaftspolitik. Wir werden auch in den nächsten Jahren nicht alle Wünsche und Forderungen erfüllen können. In der Bildung werden wir aber weiterhin den ersten Schwerpunkt setzen.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, über 41 % unseres Landeshaushalts fließen in Bildung, Wissenschaft und Kultur. Kein anderes Land in Deutschland gibt so viel Geld für die Bildung und damit für die Zukunftschancen der jungen Generation aus wie wir. Ein gutes Bildungssystem zahlt sich aus. Eine Sonderauswertung der Shell-Studie 2000 belegt, dass sich die jungen Menschen in Baden-Württemberg vergleichsweise am besten auf die Zukunft vorbereitet fühlen. Darauf können wir stolz sein. Gut übrigens, dass wir in Baden-Württemberg auf Gesamtschulen verzichtet haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Eine gute Unterrichtsversorgung ist und bleibt unser Hauptanliegen. Trotz der Nullverschuldung, die wir uns vorgenommen haben, werden wir in den nächsten fünf Jahren noch einmal einen gewaltigen finanziellen Kraftakt unternehmen. Wir werden bis zum Jahr 2006 5 500 zusätzliche Lehrerstellen schaffen und damit auch die Krankheitsreserve aufstocken. Außerdem werden wir auch in Zukunft alle frei werdenden Lehrerstellen wieder besetzen. Wir halten unsere Versprechen; wir haben sie in der Vergangenheit gehalten und werden sie auch in der Zukunft halten. Seit Jahren schafft kein Land so viele zusätzliche Lehrerstellen wie Baden-Württemberg.

Die alte Unterscheidung zwischen Information und Orientierung, zwischen Wissen und Weisheit erhält im Zeitalter des Internets eine neue Aktualität. Aus Weltwissen muss Lebenswissen werden. Der wohl wichtigste Bildungsauftrag für die Zukunft heißt: zu lernen, aus der gigantischen Menge verfügbarer Daten und Informationen diejenigen herauszugreifen, die lebensdienlich sind. Darauf müssen und werden wir unsere Bildungspläne ausrichten. Es kommt nicht nur darauf an, viel zu wissen, sondern darauf, das Richtige und das Wichtige zu wissen. Die dafür notwendigen Qualifikationen werden wir an unseren Schulen verstärkt vermitteln. Nicht aus der Masse, sondern aus der Klasse des Wissens erwächst die Ideengesellschaft der Zukunft.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wir reden gewöhnlich von der Halbwertszeit des Wissens, als ob Wissen ein bloßer Produktionszyklus wäre. Lernen unter dem Gesetz des Wandels heißt aber lernen für die lange Dauer, heißt Erwerb nachhaltigen Wissens, heißt, vor allem lernen zu lernen. Deshalb werden wir in den nächsten Jahren einen Schwerpunkt bei den Bildungsinhalten setzen. Man sagt, Bildung nütze immer und überall. Sie ist aber nicht zu erlernen, indem man bloß Nützliches lernt. Wir brauchen auch Inseln der Reflexion und der Selbstentfaltung.

Bildung ist mehr als nur Wissensvermittlung. Zum Bildungsauftrag der Schule gehört die Erziehung, gehören die grundlegenden Werte des menschlichen Zusammenlebens. Und Erziehung bedarf des Vorbilds. Das Vorbild eines guten Lehrers oder einer guten Lehrerin ist durch keine noch so reichhaltige materielle Ausstattung zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nicht nur die Lehrer, jeder sollte der jungen Generation ein gutes Vorbild sein.

Wir dürfen den Schulen und den Lehrerinnen und Lehrern nicht die Schuld für Erziehungsdefizite in die Schuhe schieben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Sie können nicht ausgleichen, was anderswo in der Gesellschaft falsch gemacht oder versäumt worden ist. Erziehung beginnt zu Hause, Erziehung beginnt im Elternhaus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kinder und Jugendliche lernen längst in sehr verschiedenen Lernwelten. Die Jugendbildung bietet Kindern Raum zur Entfaltung, zur Freizeitgestaltung und zur Stärkung von Gemeinschaft. Von besonderer Bedeutung sind dabei das soziale Lernen, die Förderung von Demokratiefähigkeit, das interkulturelle Verständnis und die internationale Kompetenz. Die Vernetzung von Jugendarbeit, Schule und Wirtschaft führt alle für Jugendliche verantwortlichen Kräfte zusammen. Sie trägt damit auch zur Sicherung der beruflichen Zukunft junger Menschen bei.

Eine der großen Stärken Baden-Württembergs liegt in seiner Vielfalt, gerade auch im Bildungssystem. Die Hauptschule ist uns genauso wichtig wie das Gymnasium.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Die berufliche Bildung ist uns genauso wichtig wie die akademische Bildung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Lehrling ist uns genauso wichtig wie der Student, der Ausbilder genauso wichtig wie der Professor, die Berufsakademie genauso wichtig wie die Universität, der Jugendberufshelfer genauso wichtig wie der Lehrer, der Berufsberater genauso wichtig wie der Studienberater.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wer sollte denn etwas anderes behaupten?)

Für uns gilt der Grundsatz: Wir in Baden-Württemberg nehmen alle mit.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das ist unser baden-württembergischer Weg. Alle in unserem Land müssen ihre Chance haben, und wer scheitert, hat eine zweite und eine dritte Chance verdient.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

– Das ist ja auch Ihre einzige Zukunftschance, dass Sie eine zweite oder dritte Chance kriegen, Herr Kollege.

(Heiterkeit – Vereinzelt Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Wir treten für neue, gestufte Ausbildungsgänge in der beruflichen Bildung ein. Praktisch begabte junge Menschen

(Ministerpräsident Teufel)

sollen ihren beruflichen Abschluss in Einzelschritten erwerben können. Ich werbe bei den Gewerkschaften unseres Landes – die Wirtschaft ist längst so weit – dafür, dass sie endlich dazu ihre Zustimmung geben, dass man zu einem beruflichen Abschluss auch in Einzelschritten kommen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Wir werden das achtjährige Gymnasium ab dem Schuljahr 2004/2005 flächendeckend einführen. An den Hochschulen werden wir die Bachelor-Angebote ausweiten. Junge Menschen können dann früher in den Beruf gehen.

Wir geben eigene, moderne Antworten auf den fortschreitenden Alterungsprozess in unserer Gesellschaft: Verkürzung der Erstausbildung, früherer Berufseintritt, damit Spielraum für lebensbegleitendes Lernen und berufsbegleitende Qualifikation. Ideenwerkstatt Baden-Württemberg – so vergrößern wir den Anteil der aktiven Bevölkerung. Die Fähigkeit, den demographischen Wandel zu managen, wird zum Erfolgsfaktor für ein Land. Alle reden vom Wandel – wir handeln.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Reform unserer Hochschulen werden wir auch mit dem neuen Wissenschaftsminister mit Entschiedenheit vorantreiben.

Unser baden-württembergischer Weg heißt auch zukünftig: Partnerschaft zwischen Land und Hochschulen auf der Grundlage von mehr Eigenverantwortung und mehr Freiheit. Wenn für die wirtschaftliche Entwicklung Bildung und Ausbildung der Menschen immer wichtiger werden, dann hängt die Zukunftsfähigkeit unseres Landes entscheidend von der Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen ab. Deshalb unser Motto: Die besten Köpfe in Baden-Württemberg halten und nach Baden-Württemberg holen – als Forschende, als Lehrende und als Lernende.

Bei der Forschungsförderung orientieren wir uns ganz wesentlich an den Themen und Fragestellungen, die im Gutachten von Roland Berger zur Zukunftssicherung des Landes identifiziert wurden.

Wir werden die Hochschulen auch mit einer leistungsorientierten Dienstrechtsreform dabei unterstützen, noch besser, noch attraktiver zu werden. Wir haben schon heute das differenzierteste Hochschulsystem Deutschlands, das unterschiedlichsten Bedürfnissen und Begabungen Rechnung trägt. Wir wollen jedem die nach Eignung, Neigung und Befähigung bestmögliche Ausbildung zugänglich machen. Wir setzen dabei auch auf den Einsatz neuer Lernmedien, auf Studienangebote, die sich an internationalen Standards orientieren, und auf bedarfsgerechte Abschlüsse.

Gelegentlich werde ich gefragt: Wenn ich einen einzigen Aspekt der deutschen Universität verändern könnte, welcher würde es sein?

Meine Antwort lautet: Den Universitäten das Recht zu geben, sich ihre Studenten . . . frei auszuwählen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Gute Studenten wollen an gute Universitäten, die daher gute Professoren haben müssen, die wiederum Universitäten vorziehen würden, an denen die Studenten gut sind.

Das sind nicht meine Worte, sondern die von Gerhard Casper, der bis vor kurzem Präsident der hoch angesehenen kalifornischen Stanford University war. Sie beschreiben aber ganz genau den Schwerpunkt, den wir uns für diese Legislaturperiode vorgenommen haben: Die Hochschulen bekommen das Recht, ihre Studenten selbst auszuwählen, und die Studenten bekommen das Recht, ihre Hochschule selbst auszuwählen. Ich habe den neuen Wissenschaftsminister und auch unsere Kultusministerin in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende der Kultusministerkonferenz gebeten, mit allen politischen und rechtlichen Mitteln dieses Ziel anzustreben. Wir wollen weniger Bürokratie und mehr Entscheidungsfreiheit, wir wollen Auswahl und nicht Zuteilung. Deshalb werden wir mit den anderen Ländern über den Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen verhandeln

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

und uns gegebenenfalls auch nicht scheuen, ihn zu kündigen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf
des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, für die Zukunft von Kindern und jungen Menschen sind gute Schulen und Hochschulen von herausragender Bedeutung. Aber noch wichtiger ist die Familie. Familie ist nicht von gestern, sondern eine Lebensform mit Zukunft. Die überwältigende Mehrheit der jungen Menschen wünscht sich, eine Familie zu gründen und Kinder zu haben. Werte wie Treue und gegenseitige Verantwortung erleben geradezu eine Renaissance. Bei 80 % der Familien – so hat der Konstanzer Familienforscher Kurt Lüscher ermittelt – leben Großeltern, Eltern und Enkel an einem Ort. Das ist doch ein erstaunliches Ergebnis, auf dem man aufbauen kann.

Das heißt nicht, dass sich nichts geändert hätte: Familien haben heute andere Strukturen, sie sind vielfältiger geworden und anderen, oft größeren Belastungen ausgesetzt als früher. Gerade deshalb brauchen sie auch in Zukunft besonderen Schutz. Alle familienwissenschaftlichen Studien zeigen: Wenn es in der Familie stimmt, dann stimmt es in aller Regel auch in der Schule, im Beruf und im Zusammenleben mit anderen. Die Leistung der Familien kann deshalb gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie sind durch nichts zu ersetzen. Von den Leistungen der Familien lebt unsere Gesellschaft wie selbstverständlich, ohne zu merken, dass sie wertvolle soziale Ressourcen nutzt, manchmal ausbeutet, die sich nicht von selbst erneuern.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Der frühere Verfassungsrichter Paul Kirchhof hat dies auf den Punkt gebracht:

Der Zusammenhalt des Staats wird zerstört, wenn die Sicherungsfunktion der Familie entbehrlich erscheint:

(Ministerpräsident Teufel)

Ohne Familie gibt es keine wirksame Erziehung, ohne Erziehung keine Persönlichkeit, ohne Persönlichkeit keine Freiheit.

Familie gestalten die Eltern durch ihre Entscheidungen. Der Staat hat sie zu akzeptieren und zu unterstützen. Wir wollen eine echte Wahlfreiheit für Frauen und Männer zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung wird deshalb in dieser Legislaturperiode eine Offensive zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf starten.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Wir werden uns eng mit den Städten, Gemeinden und Kreisen abstimmen, weil es sich um eine gemeinsame Aufgabe handelt und diese nur gemeinsam und in Stufen finanzierbar ist.

Wir werden die verlässliche Grundschule bedarfsgerecht ausbauen und optimieren. Wir werden neben den bestehenden Horten an der Schule die Einrichtung weiterer Betreuungsangebote am Nachmittag unterstützen. Das Angebot an Ganztagschulen werden wir bei Bedarf und in Abstimmung mit den Schulträgern ausbauen. Dies wird insbesondere an Hauptschulen geschehen, die ihren Bildungs- und Erziehungsauftrag unter erschwerten Bedingungen erfüllen müssen.

Wir arbeiten daran, die Betreuungsangebote für Kinder im Vorschulalter bedarfsgerecht zu unterstützen. Wir wollen dabei auf dem bestehenden Angebot an altersgemischten Gruppen und Tagespflegestellen aufbauen. Ich werde darüber mit den kommunalen Landesverbänden in den wenigen Wochen ein erstes ausführliches Gespräch führen.

Mein Ziel sind umfassende Betreuungsangebote vor Ort, die den Bedürfnissen von Kindern und Eltern entsprechen. Eltern, Kindergartenträger, die Kommunen als Schulträger und Träger der Jugendhilfe sowie das Land müssen hierbei ihrer je eigenen Verantwortung gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen den Eltern ihre Erziehungsaufgaben nicht abnehmen, sondern wir wollen sie bei der Wahrnehmung ihrer Erziehungsaufgaben unterstützen. Nicht die Erziehung aller Kinder durch staatliche Einrichtungen, sondern eine größere Wahlfreiheit für die Eltern bei der Gestaltung ihres Familien- und Berufslebens ist unser Ziel. Wir werden dabei auch in Zukunft genau darauf achten, dass Frauen, die ganz oder für einige Jahre die Erziehung der Kinder und die Familienarbeit zu ihrem Beruf machen, nicht benachteiligt oder diskriminiert werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nur dann ist echte Wahlfreiheit möglich.

Meine Damen und Herren, ich trete deshalb dafür ein, dass wir unsere Ressourcen verstärkt zugunsten der Familien umschichten. Deshalb plädiere ich dafür, die familienpolitischen Leistungen zusammenzufassen, sie in ein Familiengeld umzuwandeln und stufenweise auf die Zielmarke von

1 200 DM im Monat für jedes Kind in den ersten drei Lebensjahren anzuheben. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung für die Familien gerecht werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

– Ich kann mich nur wundern, wenn Sie da den Kopf schütteln. Ich schüttle den Kopf – –

(Abg. Birzele SPD: 16 Jahre Kohl! – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn das Bundesverfassungsgerichtsurteil gekriegt?)

– Ich will es Ihnen gleich sagen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

– Ich glaube, einige von Ihnen brauchen Valium.

(Abg. Drexler SPD: Sie brauchen einen Vitaminstoß! – Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Wenn ich Ihnen zuhöre, brauche ich kein Valium!)

Ich schüttle den Kopf darüber, dass ich am Freitag dieser Woche im Bundesrat über eine Vorlage der Bundesregierung für eine Kindergelderhöhung von sage und schreibe 30 DM für das erste und zweite Kind abstimmen soll. Darüber schüttle ich aus mehreren Gründen den Kopf. Erstens, weil diese Bundesregierung zum dritten Mal das Kindergeld ausschließlich für das erste und zweite Kind erhöht und nicht für das dritte und jedes weitere Kind, obwohl jedem klar sein muss, dass man leichter ein Kind unterhalten kann, als man drei, vier oder fünf Kinder unterhalten kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich schüttle den Kopf darüber, dass man bei einer Inflationsrate von über 3 %, wie wir sie im Augenblick haben, und bei einer Ökosteuerbelastung, die alles längst aufgezehrt hat, die Familien mit einer Erhöhung des Kindergeldes um 30 DM abspeist. Darüber schüttle ich den Kopf.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Das hätten Sie doch machen können!)

Sie haben mich durch Ihre Zwischenrufe herausgefordert. Ich schlage vor, dass wir uns zusammensetzen,

(Abg. Drexler SPD: Jetzt!)

und zwar auf Bundesebene und auf Landesebene, und versuchen, diesen Paradigmenwechsel und diesen finanziellen Kraftakt zugunsten der Familien in den nächsten Jahren stufenweise tatsächlich gemeinsam zu realisieren.

(Abg. Birzele SPD: Schülerbeförderungskosten!)

Meine Damen und Herren, ich sehe das Familiengeld nicht als Erziehungsgehalt; denn Erziehung von Kindern lässt sich nicht monetarisieren, und Eltern sind keine Angestellten des Staates. Das Familiengeld berücksichtigt den Aufwand der Eltern für ihre Kinder und anerkennt ihre Erziehungsleistung. Es wäre ein herausragendes gesellschaftspolitisches Signal.

(Ministerpräsident Teufel)

Meine Damen und Herren, das Land Baden-Württemberg hat im öffentlichen Dienst einen Teilzeitbeschäftigungsanteil von 31 %. Sie werden weit und breit suchen können, bis Sie einen Arbeitgeber finden, der einen Teilzeitbeschäftigungsanteil von über 30 % hat. Wir werden mit der Wirtschaft über die Bereitschaft zu mehr Teilzeitarbeitsplätzen und flexibleren Arbeitszeiten reden, vor allem aber über den beruflichen Wiedereinstieg. In einer Zeit, in der sich die Arbeitswelt rasant verändert, fürchten viele Frauen, nach einer Unterbrechung ihrer Berufstätigkeit zugunsten ihrer Familie den Anschluss zu verlieren. Ich nehme diese Sorge sehr ernst.

Ein Patentrezept haben wir nicht, aber Lösungsmöglichkeiten müssen gefunden werden. Die Landesregierung wird deshalb die Beteiligten für eine Zukunftswerkstatt zugunsten der Familien zusammenrufen.

Die Länder sind natürlich auch gefordert. Sie können aber familienpolitische Leistungen des Bundes nur ergänzen. Baden-Württemberg geht dabei auch in Zukunft mit gutem Beispiel voran. Das Landeserziehungsgeld, das bundesweit vorbildliche Modellprojekt „Mutter und Kind“, das Reihenhausprogramm, das Programm „Innerstädtisches Wohnen“ und weitere Leistungen des Landes für Familien wie der Landesfamilienpass – alles Erfindungen zugunsten von Familien in Baden-Württemberg – werden wir fortführen.

Die Landesregierung wird die Eigenheimförderung zusätzlich auf junge Ehepaare und Familien mit einem Kind ausweiten.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Mit unseren wohnungsbaupolitischen Programmen ermöglichen wir vor allem Familien mit geringem Einkommen die eigenen vier Wände.

Die Landesregierung wird weiter dafür eintreten, dem Wohnungseigentum in der privaten Altersvorsorge einen deutlich höheren Stellenwert einzuräumen.

(Beifall des Abg. Rüeck CDU)

Die im Bund im Zusammenhang mit der Rentenreform beschlossenen neuen Regelungen sind völlig unzureichend und den Bürgern Baden-Württembergs nicht vermittelbar.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Praxis wird zeigen, dass sie auch kaum in Anspruch genommen werden. Sie schaden der Bauwirtschaft sowie den im Land zahlreich vertretenen Bausparkassen. Das kann auf Dauer nicht so bleiben. Deshalb machen wir uns auch nach der Verabschiedung der Rentenreform für eine möglichst rasche Änderung stark. Ich hoffe in dieser Frage durchaus noch auf die Lernfähigkeit der derzeitigen Bundestagsmehrheit. Wir werden sie durch eine Bundesratsinitiative auf die Probe stellen.

Meine Damen und Herren, junge Menschen haben heute dank der Leistung ihrer Eltern und Großeltern vielfältige Chancen in Bildung und Beruf wie keine Generation vor ihnen. Angesichts kleiner werdender Jahrgänge und einer erfreulicherweise wachsenden Lebenserwartung kommen

auf sie aber auch höhere Belastungen für die Finanzierung der sozialen Sicherung und für ihre eigene Zukunftsvorsorge zu.

Wir wollen künftigen Generationen den notwendigen Freiraum für ein erfolgreiches Leben mit auf den Weg geben und nicht einen Rucksack voller Schulden. Sie brauchen Handlungs- und Gestaltungsspielräume. Sparsamkeit ist deshalb Trumpf in Baden-Württemberg. Unsere Haushalts- und Finanzpolitik ist weiterhin von dieser Leitlinie geprägt. Die Landesregierung ist entschlossen, bis Ende der Legislaturperiode im Jahr 2006 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Sämtliche in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Vorhaben mit Ausnahme der 5 500 neuen Lehrerstellen stehen daher unter Haushaltsvorbehalt. Wir arbeiten und sparen dafür, in Baden-Württemberg die Ära der Nullverschuldung einzuläuten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sage hier ganz offen: Theoretisch sieht diesen Zusammenhang jeder ein, und unsere Zielsetzung ist durchaus populär. Konkret werden wir ungeheure Schwierigkeiten bekommen, wenn wir nicht nur Wünsche, sondern auch berechtigte Anliegen von Bürgern, Verbänden, Kommunen, Bevölkerungsgruppen, öffentlichem Dienst, Presse, Parlamentsfraktionen, Regierungsmitgliedern unter Hinweis auf dieses Ziel der Nullverschuldung ablehnen müssen. Ich bitte dann alle, die uns sehr lautstark in dieser Zielsetzung unterstützt haben, um ihre Unterstützung im Alltag, wenn es ernst wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich räume ein: Nullverschuldung ist ein sehr ehrgeiziges Ziel. Dieses Ziel werden wir erreichen, wenn die Wirtschaft in Deutschland wächst, wenn der Bund den Ländern keine neuen zusätzlichen Belastungen auferlegt und wenn wir selbst konsequent sind. Nullverschuldung ist für uns nicht vorrangig ein finanzpolitisches, sondern ein gesellschaftspolitisches Ziel. Sie ist ein Beitrag zum Generationenvertrag.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Übrigen, meine Damen und Herren, sollte niemand übersehen: Schon seit Jahren übersteigen unsere jährlichen Leistungen für den Finanzausgleich unsere jährliche Nettokreditaufnahme bei weitem. Unsere Leistungen insgesamt sind höher als unser Schuldenstand. Ohne Finanzausgleich könnten wir bereits jetzt unsere Haushalte mit einem beträchtlichen Überschuss abschließen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ohne Finanzausgleich gäbe es auch keinen Föderalismus!)

– Ich bitte Sie. Wissen Sie: Sie hätten Gescheiteres zu tun in dieser Frage, nämlich einmal diejenigen von Ihrer Partei aus Baden-Württemberg, die in Bundesregierung und Bundestagsfraktion Verantwortung tragen, darauf aufmerksam zu machen, dass es ein Unsinn ist, wenn diejenigen, die Leistungen bekommen, mehr zur Verfügung haben als diejenigen, die zahlen. Das muss beendet werden.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Das ist im Übrigen nicht nur beim Länderfinanzausgleich der Fall, sondern – ich sage das in diesen Tagen ganz besonders – auch beim so genannten Risikostrukturausgleich im Gesundheitswesen. Wir werden in wenigen Wochen, wenn in Baden-Württemberg die Beiträge erhöht werden, die Situation haben, dass Empfängerländer des Risikostrukturausgleichs Beiträge für ihre Arbeitnehmer und für ihre Arbeitgeber haben, die um zwei und mehr als zwei Prozentpunkte niedriger liegen als die Beiträge, die die baden-württembergischen Handwerker und Arbeitnehmer Monat für Monat bezahlen – deshalb, weil wir über 2 Milliarden DM in den Risikostrukturausgleich zahlen. Das ist doch ein Ding der Unmöglichkeit! Hier erwarte ich, dass Sie gegen solche Regelungen einmal aufstehen und für Verbesserungen sorgen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Lebhafter Beifall bei der FDP/DVP)

Es mangelt doch nicht an unserer Solidarität. Wir sind nicht gegen einen Länderfinanzausgleich, aber er muss gerecht und leistungsorientiert sein. Sonst beschneidet er den Geberländern die Möglichkeiten der Entwicklung aus eigener Kraft und erzeugt bei den Nehmerländern eine Subventionsmentalität, die auf Dauer eigene Anstrengungen erlahmen lässt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Schon Abraham Lincoln wusste: „Ihr werdet die Schwachen nicht stark machen, indem ihr die Starken schwächt.“

Meine Damen und Herren, Ziel darf es nicht länger sein, alles möglichst gleich zu verteilen, sondern Ziel muss es sein, für alle Länder Anreize dafür zu schaffen, möglichst viel selbst zu erwirtschaften. Ludwig Erhard hat, wie so oft, auch heute noch Recht: „Die Probleme der Volkswirtschaft werden nicht durch Division, sondern durch Multiplikation des Bruttosozialprodukts gelöst.“ Das ist unsere Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bereits morgen geht es in eine weitere, dreitägige entscheidende Verhandlungsrunde. Sie kennen die Position der Landesregierung. Ich habe sie nach dem von uns mit erstrittenen Urteil des Bundesverfassungsgerichts hier dargestellt. Ich will heute aus nahe liegenden Gründen unsere Verhandlungsstrategie nicht im Einzelnen ausbreiten. Dafür bitte ich um Verständnis.

Ich sage aber an die Adresse des Bundes und der anderen Länder: Es kann keine Neuordnung geben ohne einen stärkeren Eigenbehalt aus dem eigenen Steueraufkommen. Und: Die Einbeziehung der kommunalen Steuerkraft in den Finanzausgleich muss auch künftig der verfassungsrechtlich gesicherten Finanzautonomie der Städte und Gemeinden Rechnung tragen. Dies sind für uns ganz entscheidende Punkte.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden in den Verhandlungen entschieden die berechtigten Interessen des Landes Baden-Württemberg, aber genauso entschieden die Interessen seiner Kommunen vertreten. Denn sie sitzen nicht am Verhandlungstisch, und des-

wegen haben wir die verdammte Pflicht, die Interessen unserer Kommunen genauso wie die Interessen des Landes zu vertreten.

Gegenüber dem Bund werden wir weiterhin die Linie einer kritisch-konstruktiven Zusammenarbeit verfolgen. Entscheidendes Kriterium sind dabei die berechtigten Interessen Baden-Württembergs. Wir sind nicht gewählt worden, um leisezutreten, sondern um vernehmlich zu sprechen, wenn es um wichtige Anliegen unseres Landes und seiner Bürger geht.

Über den Finanzausgleich hinaus brauchen wir eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ja!)

Setzen Sie sich doch einmal dafür ein, wenn schon nicht für das, was wir mit Bayern zusammen schon vor einhalb Jahren vorgelegt haben, dann doch vielleicht für die Vorschläge, die Ihr eigener Parteifreund, der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, gestern gemacht hat. Ich unterschreibe das alles.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie haben doch die Mehrheit, das durchzusetzen. Sie haben im Bundestag die Mehrheit, das durchzusetzen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Ich habe gestern im Präsidium die Auffassung vertreten, dass wir hier darüber diskutieren sollten! Ich befürworte die Debatte!)

– Ja, das finde ich großartig.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich gebe Ihnen gerne ein halbes Jahr Zeit, und danach wird die CDU-Fraktion eine Aktuelle Debatte zu dem Thema beantragen, was Sie konkret umgesetzt und erreicht haben.

(Abg. Drexler SPD: So lange braucht ihr?)

Meine Unterstützung haben Sie – auch die Stimmen Baden-Württembergs im Bundesrat. Aber im Bundestag heißt es: Hic Rhodus, hic salta! Das möchte ich Ihnen, meine Damen und Herren, die Sie die Mehrheit haben, nur sagen.

(Abg. Dr. Salomon GRÜNE: Darauf kommen wir zurück! – Abg. Birzele SPD: Und die Stimmen der CDU-Länder? – Abg. Schmiedel SPD: Was ist mit Sachsen? Was ist mit dem Saarland? – Abg. Drexler SPD: Sachsen und Saarland! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Zweites Eigentor, Herr Fraktionsvorsitzender!)

Das Verhältnis zwischen Bund und Ländern ist von zu viel Verflechtung und zu wenig Eigenverantwortlichkeit geprägt. Ich sage dies auch und vor allem im Interesse der Länderparlamente. Denn sie sind die eigentlichen Verlierer der Verfassungswirklichkeit nach Verabschiedung des Grundgesetzes und der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Der Bund nimmt heute alle – aber wirklich alle, ohne eine einzige Ausnahme – Rechte der konkurrie-

(Ministerpräsident Teufel)

renden Gesetzgebung für sich in Anspruch. Das hat sich der Parlamentarische Rat ganz anders vorgestellt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Er hat bei den Ländern und bei den Länderparlamenten eine Kompetenzvermutung angesiedelt. Die Entwicklung ist aber anders gelaufen, und mehr als 50 Jahre nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wäre es höchste Zeit, hier zu einer Korrektur zu kommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Vorschläge der Landesregierung von Baden-Württemberg sind mehrere Jahre alt. Wir haben sie in die Ministerpräsidentenkonferenzen eingebracht, wir haben sie in den Bundesrat eingebracht. Jeder, der hier entsprechende Anträge stellt, kann unserer Unterstützung sicher sein.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Meine Damen und Herren, wir brauchen eine Entflechtung der Gesetzgebung, eine Entflechtung der Steuern, eine Entflechtung der Mischfinanzierung von Gemeinschaftsaufgaben und eine Rückgabe von Aufgaben in die eigene Zuständigkeit. Wir sind bereit, im Gegenzug auf Zustimmungskompetenzen im Bundesrat zu verzichten. Eigene Kompetenzen unseres Parlaments haben für mich Vorrang vor der Mitwirkung des Landes im Bundesrat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Wir geben nicht auf. Es geht um die Handlungsfähigkeit der bundesstaatlichen Ordnung, letztlich auch um die Demokratie; denn nur bei klaren Zuständigkeiten können die Bürger Bund und Ländern Erfolge und Misserfolge zuordnen und sich bewusst für die eine oder andere Politik entscheiden.

Das, was wir vom Bund fordern, werden wir auch im Verhältnis des Landes zu den Kommunen beherzigen. Baden-Württemberg hat starke Städte, Gemeinden und Kreise. Sie haben sich bewährt. Wir streben deshalb keine neue Kommunalreform an.

Die Stärkung der Selbstverwaltung unserer Kommunen ist ein Kernziel dieser Landesregierung. In den Städten und Gemeinden, den Kreisen und Regionen arbeiten neben qualifizierten hauptamtlichen Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten Tausende ehrenamtlich tätiger Bürger als gewählte Repräsentanten für eine gute Zukunft ihres Gemeinwesens. Sie tun ihren Dienst verantwortungsbewusst und erfolgreich. Sie leisten einen großen Beitrag zur positiven Gesamtentwicklung Baden-Württembergs.

Die Landesregierung wird die kommunalen Landesverbände in allen uns gemeinsam betreffenden Fragen zu Gesprächen einladen, beteiligen, anhören und – wo immer möglich – einvernehmliche Lösungen anstreben. Wir werden allen Kommunen und ihren Verbänden weiterhin ein fairer Partner sein.

Meine Damen und Herren, der Zusammenhalt einer Gemeinschaft beruht nicht zuletzt auf der Übereinstimmung in Normen und Werten. Die Wahrung von Recht und Ge-

setz sichert die Freiheit und die Lebenschancen der Menschen. Ohne innere Sicherheit gibt es deshalb keine Lebensqualität, können sich Menschen nicht entfalten, bleibt die persönliche Freiheit ein leeres Versprechen. Prävention ist das erste Ziel.

Das zweite: Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und schnell verurteilt werden. Die Landesregierung steht dabei an der Seite unserer Polizei und der Justiz und besteht auf der konsequenten Wahrung von Recht und Gesetz. Nicht die Kriminellen, sondern die Bürger sollen sich in Baden-Württemberg sicher fühlen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir setzen auf Modernisierung bei Polizei und Justiz. Das Technikzukunftsprogramm für die Polizei werden wir deshalb konsequent umsetzen. Schwerpunkte werden die bundesweite Einführung des abhörsicheren digitalen Polizeifunks und die Modernisierung der polizeilichen Datenverarbeitung sein.

Wir werden die Besoldungs- und Stellenstruktur bei der Polizei weiter verbessern. Engagierte und hoch motivierte Polizeibeamte und Polizeibedienstete sind Voraussetzung für eine wirksame Verbrechensbekämpfung. Wir stehen hinter ihnen, wir lassen sie nicht im Stich!

An unseren bewährten baden-württembergischen Instrumenten zur Bekämpfung von Kriminalität wie den verdachts- und ereignisunabhängigen Kontrollen, der Videoüberwachung an Kriminalitätsbrennpunkten und der Abschöpfung von Verbrechensgewinnen werden wir festhalten. Dies gilt ebenso für die sehr erfolgreiche kommunale Kriminalprävention, die wir gemeinsam mit den Städten und Gemeinden weiter ausbauen wollen.

Wir wollen durch Reduzierung der Büroarbeit die Präsenz der Polizei auf den Straßen nochmals weiter verstärken.

Wir werden eine Offensive gegen die zunehmende Computerkriminalität in die Wege leiten und die Konzepte und rechtlichen Möglichkeiten zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität ausbauen. Wir werden darüber hinaus Initiativen ergreifen, um die grenzüberschreitende und internationale Zusammenarbeit der Polizei weiter zu verbessern, und wir werden den Ausbau von Europol aktiv unterstützen.

Sexualstraftäter verfolgen wir unnachsichtig, und wir beugen vor. Deshalb unterstützen wir den Vorschlag, Spanner in einer Gendatei zu erfassen. Die nachträgliche Sicherheitsverwahrung von Tätern, von denen bei einer Entlassung aus der Haft Gefahren für das Leben oder die sexuelle Selbstbestimmung anderer ausgehen, haben wir bereits eingeführt. Auch das ist Prävention: Die Rechte der Bürger und der Opfer von Verbrechen müssen immer Vorrang haben vor Erleichterungen für Straftäter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zu den zentralen politischen Herausforderungen werden in den kommenden Jahren mehr denn je die Fragen von Zuwanderungssteuerung und Integration gehören. Viele Faktoren kommen zusammen:

(Ministerpräsident Teufel)

die unbedingte Anerkennung des Asylrechts für politisch Verfolgte, die Einschränkung des Asylbewerberzugangs von Nichtverfolgten, die zeitlich befristete Aufnahme von Bürgerkriegsflüchtlingen und ihre gerechte Verteilung, die Integration von rechtmäßig hier lebenden Ausländern.

Im Blick haben wir auch den Arbeitskräftebedarf der Wirtschaft und den Rückgang der Bevölkerungszahl.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Dabei ist klar, dass wir den Bevölkerungsrückgang nicht durch Zuwanderung ausgleichen können und dass bei Arbeitskräftebedarf die Ausbildung der eigenen jungen Leute sowie die Qualifizierung von Arbeitslosen Vorrang haben müssen vor der Zuwanderung.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Ich bin froh darüber, dass die Notwendigkeit einer Gesamtlösung – wir haben sie schon vor einem Jahr in einer Bundesratsinitiative angemahnt – nunmehr über Parteigrenzen hinweg anerkannt wird.

Erste Priorität ist: Den Spielraum für eine gewünschte Zuwanderung müssen wir uns erst erarbeiten, indem wir unkontrollierte und nicht gewollte Zuwanderung eindämmen.

Unser Ziel sind wirksame Instrumente der Steuerung. Wir bekommen das Steuer aber nur in die Hand, wenn wir jede Form von illegaler Einreise und von Asylmissbrauch entschlossen bekämpfen. Wer kein Bleiberecht erlangen kann oder sein Gastrecht missbraucht, hat unser Land unverzüglich zu verlassen oder wird zurückgeführt. Das Land fährt daher seit Jahren einen entschlossenen und erfolgreichen Kurs bei der Aufenthaltsbeendigung ausreisepflichtiger Ausländer und insbesondere ausländischer Straftäter. Diesen Kurs werden wir mit Konsequenz fortsetzen.

Leider weigern sich die Bundesregierung und die rot-grün regierten Länder beharrlich, noch immer bestehende rechtliche und organisatorische Defizite bei der Bekämpfung der illegalen Einreise und des Asylmissbrauchs, bei der Beschleunigung von Verfahren und bei einer konsequenten Aufenthaltsbeendigung zu beseitigen. Unsere Vorschläge sind im Dutzend im Bundesrat an der Blockade von SPD-geführten Ländern gescheitert. Nicht nur das: Mit der Lockerung des Arbeitsverbots und der Diskussion über die Ausweitung der Asylgründe wurden gegenteilige Signale ausgesendet. Seither – exakt seither – steigt die Zahl der Asylbewerber wieder.

Ich sage voraus: Wenn SPD und Grüne hier keinen nachhaltigen Kurswechsel vornehmen, wird es in der Zuwanderungsfrage keinen Konsens geben.

Priorität Nummer 2: Zuwanderung setzt Integration voraus. Wir schaffen uns sonst die sozialen und politischen Brennpunkte von morgen. Die gewalttätigen Ausschreitungen in Großbritannien sind ein ebenso aktuelles wie abschreckendes Beispiel. Wer auf Dauer bei uns leben will, muss ein Mindestmaß an Integrationsbereitschaft unter Beweis stellen. Wir fördern Integration, wir fordern aber auch Integra-

tion. Wir wollen, dass Menschen, die auf Dauer zu uns kommen, unsere Sprache sprechen, damit sie keine Fremden bleiben. Deutsche Sprachkenntnisse sind unabdingbare Voraussetzung für Integration. Deshalb sind wir für Integrationskurse, in denen die deutsche Sprache und die Grundlagen unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung vermittelt werden. Zunehmend müssen wir die Beherrschung der deutschen Sprache bereits vor der Zuwanderung verlangen, wie das inzwischen bei den Aussiedlern vorausgesetzt wird.

Priorität Nummer 3: Zuwanderung kommt nur infrage, wenn wir Arbeitsplätze zur Verfügung haben, die wir anderweitig nachweislich nicht mit Arbeitskräften aus Deutschland oder anderen EU-Ländern besetzen können. Die Qualifizierung und Beschäftigung der hier lebenden Menschen muss grundsätzlich Vorrang haben. Ich denke hier besonders an die Weiterqualifizierung von Langzeitarbeitslosen und älteren Arbeitnehmern, die wir nicht im Stich lassen dürfen und in Zukunft mehr denn je brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Wir sehen und verstehen die Sorgen und Probleme der mittelständischen Wirtschaft mit Blick auf fehlende Arbeitskräfte und sind zu flexiblen Lösungen im Einzelfall bereit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Auf mittlere Sicht muss es uns aber angesichts von immer noch 4 Millionen Arbeitslosen in Deutschland gelingen, die Beschäftigungsprobleme im Bereich einfacher Dienstleistungen aus eigener Kraft zu lösen. Ich nenne hier nur die Stichworte Lohnkostenzuschüsse, Einstiegsgeld, Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe und Wahrung des Lohnabstandsgebots.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wenn Hunderttausende ungelernter Kräfte in Deutschland arbeitslos sind und Unternehmen, die einfache Tätigkeiten anbieten, auf Bürgerkriegsflüchtlinge angewiesen bleiben, dann stimmt etwas im System nicht mehr.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Hier besteht Handlungsbedarf, und zwar beim Bund.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist unsere Heimat. Die Menschen wollen sich dort wohlfühlen, wo sie wohnen, leben und arbeiten. Die Baden-Württemberger kümmern und sorgen sich um ihr eigenes Umfeld und um die Gemeinschaft. Sie verweigern sich nicht der notwendigen Mobilität, aber sie suchen auch Ankerplätze des Miteinanders: in der Familie, am Wohnort, in Vereinen und in anderen Gemeinschaften.

Die Menschen brauchen eine Heimat. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben der kommenden Jahre sein, die Notwendigkeiten einer globalisierten Wirtschaft mit ihrem scharfen Wettbewerb und mit ihren Anforderungen an Geschwindigkeit, Flexibilität, Modernität und Mobilität mit

(Ministerpräsident Teufel)

dem Wunsch der Menschen nach Verwurzelung und ihrem Bedürfnis nach einem überschaubaren Bereich in Einklang zu bringen.

Deshalb unterstützen wir die Familien, deshalb fördern wir das Miteinander der Generationen, deshalb unterstützen wir die Vereine, die Jugendarbeit, das ehrenamtliche Engagement. Wer ein Ehrenamt übernimmt, leistet einen wichtigen Dienst für unsere Gemeinschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist das Land zum Mitmachen. Nirgendwo in Deutschland gibt es eine so breite Vereinskultur und eine derart große Bereitschaft zum ehrenamtlichen und bürgerschaftlichen Engagement wie hier bei uns. Sie ist eine Grundbedingung für das moderne und menschliche Baden-Württemberg.

Deshalb werden wir die Vereine in ihrer ganzen Vielfalt auch in Zukunft fördern. Engagement verdient Ermutigung und Unterstützung, Anerkennung und Respekt. Der ehrenamtliche Einsatz für Belange der Gemeinschaft in den Kirchen, den Vereinen, den Feuerwehren, den politischen Parteien, den Bürgerinitiativen, den Selbsthilfegruppen, den Verbänden, den Betriebsräten und vielen anderen Organisationen ist unverzichtbarer Bestandteil einer solidarischen, freiheitlichen Gesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ohne ihn wäre unsere Gesellschaft ärmer und könnten viele wichtige Aufgaben nicht erledigt werden.

Deshalb tritt die Landesregierung für die weitere Aufwertung des Ehrenamts ein. Auch die Landesstiftung ist bereits auf diesem Gebiet aktiv. Wir wollen, dass Qualifikationen, die im Ehrenamt erworben werden, auch in Beruf und Weiterbildung verstärkt anerkannt werden. Und wir bleiben dabei: Es ist gesellschaftspolitischer Unfug, zum Beispiel die Arbeit von Übungsleitern, von Chorleitern, von Dirigenten und vergleichbare Tätigkeiten in den Vereinen zu besteuern und in die Sozialversicherungspflicht einzubeziehen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Anhaltender Beifall bei der FDP/DVP)

Diese unsinnige Regelung muss wieder weg.

Wir richten beim Kultusministerium unter der Verantwortung des dortigen Staatssekretärs ein Ehrenamtsbüro als Anlaufstelle für Anliegen an die Landesregierung ein.

Wir bitten die Bürgermeister und Gemeinderäte, in ihren Gemeinden Anlaufstellen für ehrenamtliche Tätigkeiten einzurichten. In diesen Clearingstellen sollen Nachfrage und Angebot in Übereinstimmung gebracht werden.

Wir wollen den baden-württembergischen Weg der Kooperation zwischen Schulen und Vereinen weiter intensivieren und ausbauen.

Wir richten ein Landeskuratorium für Bürgerarbeit ein, das die Vernetzung von Verbänden, Projekten und Initiativen übernimmt, ohne in die Kompetenzen der Kommunen einzugreifen.

Zur Stärkung unserer Vereinslandschaft streben wir weiterhin eine Erhöhung der 60 000-DM-Freigrenze im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb der Vereine auf 90 000 DM an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir treten dafür ein, dass die Kirchen ihren seelsorgerischen und sozialen Aufgaben in der Bildung und Weiterbildung, in der Jugendarbeit und Wertevermittlung auch in Zukunft nachkommen können.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie geben vielen Menschen Halt und Orientierung.

Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben großen Anteil am Aufbau unseres Landes. Sie sind ein Beispiel für gelungene Integration und haben gemeinsam mit den Spätaussiedlern als „Brückenbauer“ zu unseren Nachbarn im östlichen Europa auch in Zukunft eine wichtige Aufgabe.

(Beifall bei der CDU)

Wir werden die Kulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler weiter fördern. Wir treten dafür ein, dass die Erinnerung an die Vertreibung und an das Unrecht der Vertreibung in der Bevölkerung erhalten bleibt und auch an unseren Schulen vermittelt wird. Wir unterstützen den Vorschlag, in Berlin ein Zentrum gegen Vertreibungen einzurichten. Die Landesregierung wird ein zuverlässiger Partner der Heimatvertriebenen, Flüchtlinge und Spätaussiedler bleiben.

Baden-Württemberg ist ein sportfreundliches Land voller sportbegeisterter Menschen. Wir können noch mehr, wenn wir wollen:

Die Olympiabewerbung der Stadt Stuttgart ist eine einmalige und große Chance,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Baden-Württemberg der gesamten Welt als modernes, weltoffenes und gastfreundliches Land zu präsentieren. Deshalb wird das Land diese Bewerbung national und international mit allen Kräften unterstützen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Bravo!)

Wir werden deshalb in den kommenden Jahren die Attraktivität Baden-Württembergs als Sportland weiter verstärken. Wir haben über 11 000 Turn- und Sportvereine mit über 3,6 Millionen Mitgliedern in unserem Land. Der Sport ist in seiner ganzen Vielfalt schon heute ein Faktor von herausragender gesellschaftlicher, politischer, gesundheitlicher und wirtschaftlicher Bedeutung.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon GRÜNE)

Er hat große integrative Kraft als Brücke zwischen den Generationen und zu den ausländischen Mitbürgern.

Wir werden daher auch in den kommenden Jahren die Breitenarbeit und den Vereinssportstättenbau fördern, da-

(Ministerpräsident Teufel)

mit diese Aufgaben angemessen erfüllt werden können. Wir verstärken die Maßnahmen zur Weiterentwicklung der sport- und bewegungsfreundlichen Schule. Wir setzen auf die verstärkte Kooperation von Sport und Wirtschaft.

Wir fordern alle, die etwas dazu beitragen können, auf sich für die Austragung der Fußballweltmeisterschaft 2006 hier im Land und für Olympische Spiele in der Landeshauptstadt zu engagieren. Ich setze auf ein breites Aktionsbündnis aus Sport, Wirtschaft, Politik, Kultur und Medien. Wir wollen die Spiele nach Baden-Württemberg holen, und möglichst viele Athletinnen und Athleten aus unserem Land sollen dann mit dabei sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ebenso wie der Sport haben Kunst und Kultur ein breites Fundament in Baden-Württemberg. Die Vielfalt der Jugendmusikschulen, der Jugendkunstschulen, der Kunsthochschulen, der Theater und Museen, der Orchester und Chöre, der Literatur und der bildenden Kunst, der Kulturvereine und der Pflege des Brauchtums machen Baden-Württemberg zu einem Heimatland kulturellen Schaffens und künstlerischer Kreativität.

Der Reichtum unseres Landes bemisst sich bei weitem nicht allein in seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Wir verfügen über eine außergewöhnliche Vielfalt herausragender Kulturinstitutionen. Volkskultur und Hochkultur sind bei uns gleichermaßen zu Hause.

Wir werden diese Vielfalt weiter fördern und unterstützen. Wir setzen auf den Wettbewerb der Ideen auch im künstlerisch-kulturellen Bereich.

Wir wollen das vorhandene reichhaltige Angebot an kulturellen Einrichtungen erhalten und die Förderung von Kunst und Kultur verstetigen.

Wir müssen uns dabei an einem engen finanziellen Rahmen orientieren. Wir können nicht alles fördern. Deshalb setzen wir Schwerpunkte. Einige davon möchte ich beispielhaft nennen:

Mit dem Neubau eines Museums der Literatur der Moderne erweitern wir das Schiller-Nationalmuseum in Marbach und unterstreichen damit die weit über unser Land hinausreichende Bedeutung des Literaturarchivs.

Mit einem Investitionsprogramm werden wir das Zentrum für Kunst und Medientechnologie in Karlsruhe stärken.

Die erfolgreiche Reihe der großen Landesausstellungen werden wir mit neuen Themen fortsetzen.

Mit der Unterstützung zahlreicher Kulturveranstaltungen im ganzen Land, der Eröffnung des Hauses der Geschichte und einer gemeinsamen Ausstellung der drei historischen Landesmuseen leisten wir unseren Beitrag zum 50-Jahr-Jubiläum des Landes im Jahr 2002.

Die Förderung von Kunst und Kultur – ich sage das in diesen Tagen, in denen man erneut einen Anlauf zur Schaf-

fung einer Bundeskulturstiftung nimmt – ist ein Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

Wir begrüßen es, wenn sich der Bund stärker in der Kulturförderung engagiert, aber wir lassen uns Kompetenzen weder abnehmen noch abkaufen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen keinen neuen Zentralismus in der Kunst- und Kulturpolitik. Die Väter und Mütter des Grundgesetzes haben Bildung und Kultur aus guten Gründen und bewusst in die Zuständigkeit der Länder gelegt. Deshalb ist nichts so überflüssig wie ein Bundeskulturministerium oder eine Bundeskulturstiftung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Kunst und Kultur sind auch Faktoren von großer wirtschaftlicher Bedeutung – sowohl für sich selbst genommen als auch als wichtiger Anreiz für die Ansiedlung von Firmen und den Zuzug qualifizierter Fachkräfte und Führungskräfte. Dies zeigt sich am deutlichsten im Bereich der Medien. Film, moderne Medien und Informationstechnologien sind nicht nur zentrale Wachstumsmärkte des 21. Jahrhunderts, sondern auch Träger kultureller Inhalte in einer weltweit vernetzten Öffentlichkeit. Technologische Dynamik und inhaltlich-gestalterische Kompetenz: Die Medien vereinen beides miteinander. Deshalb muss Baden-Württemberg ein führendes Medienland sein. Wir werden dem mit unserer Politik Rechnung tragen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir fördern über die Weiterbildungseinrichtungen im Land den Internetführerschein für alle. Wir wollen noch bestehende Berührungängste gegenüber den neuen Medien abbauen helfen. Wir wollen, dass moderne Medien die Menschen verbinden und nicht die Gesellschaft spalten.

Die erfolgreiche Landesmedieninitiative werden wir mit Mitteln aus der neuen Zukunftsoffensive Junge Generation fortsetzen. Wir werden zudem ein branchenbezogenes Förderprogramm für die Medien- und Informationswirtschaft auflegen.

Wir bekennen uns zum dualen Rundfunksystem und zum Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Anbietern mit einem starken Südwestrundfunk und mit erfolgreichen privaten Veranstaltern. Der Südwestrundfunk sollte aus unserer Sicht in seinen Hörfunk- und Fernsehprogrammen noch mehr Informationsanteile und einen noch stärkeren Baden-Württemberg-Bezug bekommen. Neben dem öffentlich-rechtlichen unterstützen wir gerade im Hinblick auf den bevorstehenden digitalen Ausbau der Breitbandkabelnetze auch ein landesweites privates Fernsehangebot.

Wir wollen die Filmfördermittel erhöhen und werden die Filmakademie in Ludwigsburg als schon heute führende deutsche Filmhochschule weiter ausbauen.

(Beifall des Abg. Herrmann CDU)

(Ministerpräsident Teufel)

In Zusammenarbeit mit der Filmakademie werden wir eine Akademie für darstellende Kunst gründen und die professionelle Ausbildung von Filmschauspielern forcieren. Unsere Medienpolitik hat Zukunft. Wir setzen auf Klasse, denn Qualität wird der Quotenbringer der Zukunft sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg muss ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs bleiben. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle gebraucht werden. Jeder hat ein Recht auf eine Aufgabe. Jeder soll sich in die Gemeinschaft einbringen können – seine Talente, seine Begabungen, seine Lebenserfahrung, seine Berufserfahrung. Eigenverantwortung für sich selbst und Mitverantwortung für andere sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Die ältere Generation gehört mitten in unsere Gemeinschaft. Sie bereichert uns mit ihrer Lebenserfahrung, mit ihrer aktiven Anteilnahme, mit ihrem lebendigen Gemeinschaftssinn.

In der Sozialpolitik wird die Landesregierung einen besonderen Schwerpunkt auf Themen legen, die in engem Zusammenhang mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung stehen. Heute leben knapp 1,7 Millionen Menschen im Alter ab 65 Jahren in unserem Land. Bereits im Jahr 2010 werden es mehr als 2 Millionen Menschen sein. Jeder Vierte von ihnen wird dann über 80 Jahre alt sein.

Auch wenn wir es jedem Menschen wünschen, bis ins hohe und höchste Alter gesund zu bleiben, so wird in den kommenden Jahren die Zahl von hilfebedürftigen älteren Menschen in unserem Land deutlich ansteigen. Gleichzeitig wird die Zahl der helfenden Hände in den Familien weiter zurückgehen.

Damit stellen sich neue Herausforderungen an eine Politik für ältere Menschen. Die Landesregierung wird daher die Förderung der teil- und vollstationären Einrichtungen fortführen und an die Entwicklung des Pflegebedarfs anpassen. Die Menschen können sich darauf verlassen, dass wir die notwendigen Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße Pflege gewährleisten wollen.

Maßnahmen im ambulanten, teilstationären und stationären Pflegebereich, im Vor- und Umfeld der Pflege, in der geriatrischen Rehabilitation sowie im betreuten Seniorenwohnen werden wir weiter unterstützen. Wir werden uns darum bemühen, dass genügend qualifiziertes Personal zur Erfüllung dieser Aufgaben bereitsteht. Einen Pflegenotstand in Baden-Württemberg darf es nicht geben. Zur Pflege gehört aber nicht nur Versorgung, sondern auch persönliche Zuwendung. Auch dafür muss Zeit sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen die Gesundheitsversorgung in Baden-Württemberg wirksam und stetig verbessern. Jeder Mensch wünscht sich, gesund zu sein. Wir sehen unser modernes Gesundheitswesen deshalb bei weitem nicht nur als Kostenverursacher; denn seine Aufgabe ist es, Kranke zu heilen und Gesunde gesund zu erhalten. Das Gesundheitswesen hat auch großes wirtschaftliches Gewicht. Es sichert viele Arbeitsplätze, es ist ein Wachstumsmarkt der Zukunft.

Baden-Württemberg ist das Kur- und Bäderland Nummer 1 in Deutschland. Unsere Medizintechnik ist weltweit führend. Wir haben wirtschaftliche Schwerpunkte in der Pharmazeutik, in der Biotechnologie. Baden-Württemberg ist ein Land der medizinischen Spitzenforschung. Wir arbeiten dafür, dass unser Land an diesem Wachstumsmarkt teilhat, und wir haben alle Chancen, ganz vorne mit dabei zu sein.

Mit dem Gesundheitsforum Baden-Württemberg unternehmen wir eine Gemeinschaftsanstrengung aller am Gesundheitswesen Beteiligten. In der neuen Zukunftsoffensive Junge Generation setzen wir einen ganz besonderen Investitionsschwerpunkt in den Lebenswissenschaften.

Gestatten Sie mir noch ein kritisches Wort: Baden-Württemberg leidet an der Untätigkeit und Hinhaltetaktik der Bundesregierung in Sachen Gesundheitsreform.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn wir befürchten müssen – ich sage es noch einmal –, dass Krankenkassen mit guten eigenen Kostenstrukturen ihre Beiträge massiv erhöhen müssen und die Beiträge von Kassen in anderen Ländern infolge des Risikostrukturausgleichs auf 12 % heruntersubventioniert werden, dann stimmt das System hinten und vorne nicht mehr. Das ist den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern in Baden-Württemberg nicht mehr länger zumutbar.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Man muss sich einmal vorstellen: Der derzeitige Risikostrukturausgleich des Bundes macht gesunde Mitglieder zum eigentlichen Risiko für die Kassen – ein Aberwitz. Auch dies muss im Interesse der Arbeitnehmer und der Betriebe unseres Landes ganz dringend geändert werden.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich hier im Parlament ganz bewusst einen ganz zentralen Bereich öffentlicher Diskussion ansprechen. Ich glaube nicht, dass Politik gerade in den vor uns liegenden Jahren von bloßem Pragmatismus oder gar von Beliebigkeit bestimmt werden darf. Wir werden über viele wichtige Fragen Debatten führen, auf die wir ohne ethischen Kompass, ohne die Rückbesinnung auf grundlegende Werte des menschlichen Zusammenlebens und ohne Auseinandersetzungen auch im Grundsätzlichen keine den Menschen gemäße Antwort geben können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Politik hat es mit Sachfragen zu tun, aber auch mit Wertfragen. Wir werden uns vermehrt zu Wertentscheidungen durchringen müssen. Wir brauchen dazu den Rat von Experten. Sie können uns mit ihren Empfehlungen helfen. Die Entscheidungen können sie uns aber nicht abnehmen, und wir dürfen sie auch nicht delegieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der politische Diskurs hat deshalb seinen Ort im Parlament.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Dies gilt gerade für die grundlegenden Fragen des Lebensschutzes und des Schutzes der Würde des Menschen.

So wichtig Arbeitsplätze auch sind: Es gibt Bereiche, die nicht der Ökonomisierung unterworfen werden dürfen und die sich einer bloßen Kosten-Nutzen-Rechnung entziehen, ja entziehen müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dazu gehört vor allem das menschliche Leben selbst. Wir erleben heute, dass die Erkenntnisse und Möglichkeiten der biomedizinischen Forschung tief in das Selbstverständnis des Menschen eingreifen. Sie wecken Hoffnungen, aber auch Ängste. Zum ersten Mal in unserer Geschichte sind Menschen heute in der Lage, den Bauplan des Lebens zu entschlüsseln und zumindest ansatzweise auch selbst umzuschreiben.

Der amerikanische Physiker Michio Kaku hat dazu festgestellt:

Wir werden von passiven Beobachtern der Natur zu ihren aktiven Choreographen. . . . Das Zeitalter des Entdeckens geht zu Ende, und die Epoche des Beherrschens beginnt.

Wenn das so ist, dann ist die wichtigste Tugend in dieser Epoche des Beherrschens die Selbstbeherrschung des Menschen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt in diesem Zusammenhang, sich immer wieder neu die Frage zu stellen, ob das, was wissenschaftlich und technisch machbar ist, auch ethisch erlaubt ist. So schwierig es ist, die Politik wird darauf eine Antwort finden müssen. Dazu ist ein breiter gesellschaftlicher Meinungsaustausch erforderlich.

Richtschnur bei diesem Entscheidungsprozess sind für alle Beteiligten und für alle Betroffenen Artikel 1 des Grundgesetzes – „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ – und Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes: „Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.“ Das sind die Kriterien für alle Entscheidungen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Diese Verfassungsgarantie ist Vorgabe für den Gesetzgeber, aber auch für das Handeln jedes Bürgers, in welchem Bereich auch immer.

Der Verfassungsgeber betrachtete beide Menschenrechte als Vorgegebenheit für die Verfassung. Das Recht auf Leben und auf Menschenwürde ist nach Dürig gegeben, „sobald und solange nach medizinisch-biologischer Erkenntnis menschliche Individualexistenz vorhanden ist“. Das ist am Beginn mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle gegeben.

Der Mensch ist ein Zweck an sich, und er darf nicht für Zwecke, die außerhalb seiner selbst liegen, instrumentalisiert werden. Dies ist der Grundgedanke des Embryonenschutzgesetzes von 1990. Seine Kernaussage lautet, dass Embryonen grundsätzlich nur zur Herbeiführung einer Schwangerschaft und nicht für andere Zwecke erzeugt werden dürfen. Daran sollten wir festhalten.

Medizinische Forschung, die Entwicklung neuer Heilmethoden und auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze in der Biotechnologie sind höchst erstrebenswerte Ziele, die auch einen hohen Aufwand rechtfertigen. Wir fördern sie in Baden-Württemberg als eine Schwerpunktaufgabe an unseren Universitäten und Forschungseinrichtungen. Für diese Forschung gibt es viele, viele Aufgaben und Möglichkeiten „diesseits des Rubikon“, wie der Bundespräsident völlig zu Recht formulierte.

Wir unterstützen weiterhin Biotechnologieparks. Baden-Württemberg ist ein führender Standort der Bio- und Gentechnologie und wird es durch unseren nachhaltigen Willen bleiben.

Auch, weil wir die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Bio- und Gentechnologie erhalten wollen, gilt es, deren Grenzen zu sehen: Wo es um menschliches Leben geht, darf der Zweck niemals die Mittel heiligen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Deshalb lehnt die Landesregierung das therapeutische Klonen und die so genannte verbrauchende Embryonenforschung ab – ein Begriff, der übrigens aus dem Wörterbuch des Unmenschen stammen könnte. Beide Verfahren stellen eine eklatante Verletzung der Menschenwürde dar und stehen auch im Widerspruch zum Embryonenschutzgesetz.

Dass wir die verbrauchende Embryonenforschung ablehnen, bedeutet nicht, dass wir das Recht auf Therapie nicht anerkennen. Im Gegenteil: Das Land wird seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Zelltherapie verstärken. Wir werden Forschungsvorhaben, die ethisch unbedenklich sind und das gleiche Ziel haben, nämlich Organersatz durch Zelltherapie, nachdrücklich fördern.

Zur Präimplantationsdiagnostik möchte ich meine persönliche Meinung nicht verschweigen. Das Menschsein beginnt nach Auffassung der biologischen Wissenschaft mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle. Deshalb spreche ich mich dafür aus, das bestehende gesetzliche Verbot der Präimplantationsdiagnostik beizubehalten.

Eine Zulassung dieses Verfahrens hätte zur Folge, dass Embryonen auf Probe erzeugt und anschließend einem Selektionsprozess unterworfen würden. Auch dieses Verfahren ist nach meiner Überzeugung mit der Menschenwürde nicht zu vereinbaren. Die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen und das Recht auf Leben sind vom Parlamentarischen Rat als Fundamentalziele und Vorgaben in das Grundgesetz aufgenommen worden, nicht zuletzt auch aufgrund der Erfahrung der Menschen verachtenden Theorie und Praxis der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft mit Selektion und Vernichtung von so genanntem lebensunwertem Leben und ihrer Missachtung von Menschenwürde und Recht auf Leben.

Menschliches Leben ist ein einheitliches und unteilbares Rechtsgut. Wer den Schutz nach dem Wert, der Nützlichkeit, der Gesundheit, der Gebrechlichkeit, dem körperlichen Zustand und der geistigen Verfassung abstufen oder einschränken möchte, der verstößt gegen die elementaren Schutzrechte unserer Verfassung. Es gibt kein Leben auf

(Ministerpräsident Teufel)

Probe, und es darf auch keine Zeugung auf Probe geben. Aus dem legitimen Wunsch nach einem Kind darf nicht der illegitime Anspruch auf ein Kind nach Wunsch werden.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Neben dem Embryonenschutz spielt ein nicht minder wichtiger, zweiter Aspekt in der Debatte um die Präimplantationsdiagnostik eine wichtige Rolle. Wir müssen uns ernsthaft die Frage stellen, welche Auswirkungen dieses Verfahren auf die gesellschaftliche Anerkennung von kranken und vor allem von behinderten Menschen hätte. Wenn sich aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse und medizinischen Möglichkeiten in unserer Gesellschaft die Vorstellung durchsetzen würde, dass Behinderungen eigentlich nicht mehr sein müssten, dann wäre zu befürchten, dass die gesellschaftliche Akzeptanz für Behinderte und für die Eltern von behinderten Kindern zurückginge.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Es darf aber niemals so weit kommen, dass Eltern sich dafür rechtfertigen müssen, wenn sie sich für ein behindertes Kind entschieden haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich halte die einheitliche Stellungnahme der Behindertenverbände für bemerkenswert und bedenkenswert. Ein klares Bekenntnis zur Menschenwürde und gegen die Instrumentalisierung menschlichen Lebens ist nicht nur an dessen Beginn, sondern auch an dessen Ende gefordert.

Die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe nach niederländischem Modell verstößt nicht nur gegen die Schöpfung und das christliche Menschenbild, sondern auch gegen das Recht auf Leben und die Menschenwürde jedes einzelnen Menschen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Menschen dürfen sich nicht zu Herren über Leben und Tod aufschwingen. „Nie werde ich, auch nicht auf eine Bitte hin, ein tödliches Gift verabreichen oder auch nur einen Rat dazu erteilen“, heißt es im Eid des Hippokrates aus dem Jahr 400 vor Christus. Wir dürfen heute, 2 400 Jahre später, nicht hinter diesen ethischen Imperativ zurückfallen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Intensivierung der Betreuung und Pflege schwer kranker und sterbender Menschen ist der bessere Weg: nicht Hilfe zum Sterben, sondern Hilfe beim Sterben. Wir wollen auch schwer kranken Menschen ein würdiges Leben und Sterben ermöglichen. Es gibt kein Recht auf Tötung in der Endphase eines Lebens, aber es gibt sehr wohl ein Recht jedes Einzelnen auf ein menschenwürdiges Sterben.

Einen wichtigen Dienst leisten dabei die Hospizgruppen, die in vielen Städten Baden-Württembergs entstanden sind und auf ehrenamtlicher Basis wertvolle Arbeit im Dienst am Nächsten erbringen.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Caroli SPD und Kretschmann GRÜNE)

Für diesen Dienst spreche ich ihnen im Namen der Landesregierung meinen herzlichen Dank aus.

An allen Universitätskliniken des Landes gibt es spezielle Schmerzzentren und Schmerzambulanzen. Wir müssen aber noch mehr tun. Die Landesregierung wird die Palliativmedizin und die Schmerztherapie weiter ausbauen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, die Ökonomisierung der Gesellschaft muss ihre Grenzen dort finden, wo es um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, die Ernährungssicherheit und damit um die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger geht.

Die BSE-Krise hat das Vertrauen der Menschen in die Qualität und die gesundheitliche Unbedenklichkeit unserer Lebensmittel stark beeinträchtigt. Es gilt, dieses Vertrauen zurückzugewinnen. Höchste Transparenz der Lebensmittelproduktion ist dafür die Voraussetzung. Die gesamte Produktions- und Verarbeitungskette vom Stall und vom Feld bis zur Ladentheke muss für die Verbraucher nachvollziehbar sein. Die Landesregierung wird deshalb ein umfassendes Qualitätssicherungssystem aufbauen, welches das Herkunfts- und Qualitätszeichen Baden-Württemberg mit einbezieht. Die Lebensmittelüberwachung werden wir auf hohem Niveau fortführen.

Im Interesse der Verbraucher werden wir die im März 2001 gegründete Landesinitiative „Brennpunkt Lebensmittel“ fortsetzen und die von den Ernährungszentren und den Landwirtschaftsämtern erfolgreich betriebene Verbraucherinformation ausbauen. Wir nehmen den Verbraucherschutz ernst.

Verbraucherschutz gibt es nur mit den Landwirten und nicht gegen sie.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Naturnah produzierte Lebensmittel, umweltschonende Landbewirtschaftung und der Erhalt unserer Kulturlandschaft stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Wir werden die konventionell und umweltgerecht sowie die ökologisch wirtschaftenden bäuerlichen Betriebe auch in Zukunft gleichermaßen unterstützen.

Wir werden im Land an unseren bewährten und anerkannten Fördermaßnahmen und an der Ausrichtung unserer Programme an den Produktionsflächen festhalten. Wir haben hier Pionierarbeit geleistet, weil wir schon früh einen eigenen, baden-württembergischen Weg gegangen sind und damit den falschen Weg der ständigen Produktionssteigerung und des stetig steigenden Ertrags verlassen haben. Deshalb werden wir bestehende Programme wie den Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich, die Schutzgebiets- und Ausgleichsverordnung, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und die einzelbetriebliche

(Ministerpräsident Teufel)

Investitionsförderung beibehalten und, wenn notwendig, neuen Entwicklungen anpassen.

(Beifall des Abg. Kiefl CDU)

Eine funktionierende bäuerliche Landwirtschaft ist unverzichtbar für unser Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Leistungen, die unsere Bäuerinnen und Bauern erbringen, kommen nicht nur ihren Betrieben zugute, sondern die gesamte Gesellschaft profitiert davon. Wir werden deshalb eine Politik gegen die Bauern nicht zulassen. Sie haben schon genug damit zu kämpfen, dass ihnen von der Bundesregierung Einkommensverluste zugemutet werden wie keiner anderen Berufsgruppe.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Weitere Anforderungen an die Land- und Forstwirtschaft, wie sie im Entwurf des Bundesnaturschutzgesetzes vorgesehen sind, lehnen wir entschieden ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser Bekenntnis zur bäuerlichen Landwirtschaft ist auch ein Ja zum ländlichen Raum. Unser Land lebt von der Ergänzung, aber auch einem gesunden Spannungsverhältnis zwischen den ländlichen Räumen und den Verdichtungsräumen. Dies gehört zur Vielfalt und zur Verschiedenheit in unserem Land. Der ländliche Raum ist ein eigener Entfaltungs- und Wirtschaftsraum für die dort lebenden Menschen. Das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum als zentrales Förderinstrument wird auch den neuen Herausforderungen im ländlichen Raum gerecht.

Die verkehrliche Anbindung wird für den ländlichen Raum immer wichtiger. Deshalb setzen wir uns für leistungsfähige Bundes- und Landesstraßen und für den Ausbau der im südlichen Landesteil so wichtigen West-Ost-Verbindungen ein. Nur so können wir auf Dauer zukunftsträchtige Arbeitsplätze der Hochtechnologie und der Dienstleistung in die ländlichen Räume holen und dort halten.

Lebensschutz ist auch Tierschutz. Deshalb haben wir den Tierschutz als Zielbestimmung in die Landesverfassung aufgenommen. Wir werden uns auch in der kommenden Legislaturperiode dafür einsetzen, dass der Tierschutz weiter verbessert wird. Das heißt konkret: artgerechte und flächengebundene Tierhaltung, und zwar nicht nur bei uns, sondern europaweit; deutliche Verkürzung der Transportzeiten für Lebendviehtransporte; Abschaffung der EU-Exportbeihilfen für Lebendviehtransporte; europaweites Verbot aller Leistungsförderer auf der Basis von Antibiotika und des prophylaktischen Einsatzes von Antibiotika als Tierarzneimittel. Dafür werden wir uns im Land, beim Bund und in der Europäischen Union engagieren.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle und Kurz CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch in den kommenden fünf Jahren wird unser Land vor vielfältigen und großen Herausforderungen stehen. Stillstand können wir uns nicht leisten. Wir brauchen Schwung nach vorne. Die neue Landesregierung wird alles daransetzen, Baden-

Württemberg auch in Zukunft auf der Erfolgsspur zu halten.

Wir wollen die Erfolge unseres Landes und seine hervorragenden Zukunftsperspektiven weiter ins Bewusstsein der Menschen bringen. Deshalb werden wir die Werbe- und Sympathiekampagne für unser Land fortsetzen. Wir wollen unser Baden-Württemberg als Land mit Format, als Ideenwerkstatt für die Zukunft, als Land der Talente und Patente, als Land zum Mitmachen in Wirtschaft und Gesellschaft präsentieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Es lohnt sich für jeden einzelnen Menschen, hier zu leben und hier zu arbeiten. Unsere Werbung ist erfolgreich, weil sie die Köpfe und die Herzen der Menschen innerhalb und außerhalb unseres Landes erreicht. Sie ist erfolgreich, weil sie stimmt.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Mit den Feiern und den vielfältigen Veranstaltungen zum 50-Jahr-Jubiläum des Landes im Jahr 2002 wollen wir die Identifikation der Baden-Württemberger mit ihrem Land weiter stärken. Wir wollen zeigen: Wir in Baden-Württemberg stehen für ein Land, das auch in Zukunft Maßstäbe setzt, an denen sich andere orientieren – modern und dynamisch, weltoffen und heimatverbunden, menschlich und gerecht.

Baden-Württemberg wird 50. Wir machen ein Fest für alle Bürger.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und Bürgerinnen?)

Alle Städte und Gemeinden und das ganze Land feiern mit. Über 250 Städte und Gemeinden haben sich bei der Landesregierung bereits mit ganz konkreten Maßnahmen und Festen gemeldet, die sie selber organisieren und durchführen wollen. Wir haben allen Grund zum Feiern, denn wir in Baden-Württemberg haben viel erreicht.

Jetzt schaffen wir gemeinsam die Voraussetzungen für ein erfolgreiches Baden-Württemberg 2020. Wir setzen auch in Zukunft auf die Köpfe der Menschen, auf alle Menschen in unserem Land, auf ihr Verantwortungsbewusstsein, ihren Leistungswillen und ihre ausgeprägte Fähigkeit zum Miteinander. Die Erfolge unseres Landes sind ihre Erfolge, die Erfolge der Bürgerinnen und Bürger.

Erfolgreich, weil menschlich – so wird auch die Zukunft unseres Landes Baden-Württemberg sein.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Aussprache über die Regierungserklärung findet in unserer nächsten, der 5. Sitzung des Landtags am 27. Juni statt. In der 6. Sitzung am 28. Juni wird dann allgemeiner Beratungsstoff behandelt. Die Tagesordnungen gehen Ihnen rechtzeitig zu.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

Schluss: 12:10 Uhr